

FORUM DER GENERATIONEN IM LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

20. November 2017



Impressum:

Herausgeber:

Die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

Redaktion:

Landtag von Sachsen-Anhalt

Ref. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll

Domplatz 6 – 9

39104 Magdeburg

Tel.: 0391 560 0

Fax: 0391 560 1123

Forum der Generationen 20. November 2017

9.30 Uhr	Eröffnung Gabriele Brakebusch, Landtagspräsidentin Angelika Zander, Vorsitzende Landessenioren- vertretung Sachsen-Anhalt e. V. Michael Benecke, Vorsitzender Landesschülerrat Sachsen-Anhalt	Plenarsaal
10.15 Uhr	Beratung in den Arbeitsgruppen Mit einem Klick durchs Leben? Wer länger denkt, bleibt lange jung!	B0 05 B1 07
12.30 Uhr	Mittagessen im Landtagsrestaurant	
13.30 Uhr	Dialog der Generationen Mit einem Klick durchs Leben? 1. Berichterstattung 2. Diskussion Wer länger denkt, bleibt lange jung! 1. Berichterstattung 2. Diskussion	Plenarsaal
15.30 Uhr	Veranstaltungszusammenfassung durch Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch	Plenarsaal

Mit einem Klick durchs Leben? Thesepapier als Diskussionsgrundlage für das Forum der Generationen im Landtag Sachsen Anhalt

Der Autor Jan Knipperts befasst sich als Demographie-Experte der Bertelsmann Stiftung intensiv mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und der Digitalisierung für Städte und Gemeinden. Er ist Mitherausgeber der in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut entstandenen Studie der Bertelsmann Stiftung „Mobilität und Digitalisierung: Vier Zukunftsszenarien“.

These 1: Die Digitalisierung ermöglicht Mobilitätsangebote, die deutlich besser mit verschiedenen Lebensstilen und Anforderungen in Einklang zu bringen sind.

Unsere Anforderungen und Bedarfe, um von einem Ort zum anderen zu kommen, sind sehr unterschiedlich. Im hohen Alter noch mobil sein zu können, stellt gänzlich andere Anforderungen an die Wahl des Mobilitätsmittels als die Organisation eines sicheren Schulweges für die Kinder oder der schnellstmöglichen Strecke zur Arbeit. Durch die zunehmende Verfügbarkeit und Vernetzung von Informationen zu verfügbaren Verkehrsmitteln, Fahrtzeiten oder Mitfahrgelegenheiten wird es möglich, an jedem Ort und ganz spontan das passende Verkehrsmittel zu wählen. Online buchbare Carsharing- und Mitfahrangebote gewinnen daher zunehmend an Bedeutung.

These 2: Ältere Menschen können von den digitalen Unterstützungsmöglichkeiten besonders profitieren.

Immer leistungsfähigere Assistenzsysteme unterstützen uns beim Fahren und moderne Fahrzeuge können bereits in immer mehr Situationen selbstständig agieren (z. B. automatisches Einparken oder im Stau fahren) und werden in Zukunft komplett selbstständig fahren können. Diese Entwicklung macht es zunehmend einfacher, auch mit körperlichen Beeinträchtigungen und bis in das hohe Alter hinein selbstständig mobil zu sein.

These 3: Die bei einer digital unterstützten Mobilität anfallenden Daten sind ein enormes Risiko.

Bereits heute sammelt ein modernes Auto pro Stunde etwa 25 Gigabyte an Daten und in Zukunft werden es noch deutlich mehr sein. Diese Daten ermöglichen lückenlose Bewegungsprofile und auch genaue Profile des Fahrers, seines Gesundheitszustands und seines Fahrverhaltens. Bei einer intelligenten und umfassenden Vernetzung der Verkehrsteilnehmer und ihrer Umwelt ist es nahezu unmöglich, einen Datenschutz aufrecht zu erhalten. Zudem werden Daten ein immer wichtigeres Wirtschaftsgut, sodass hier starke Interessen von Versicherern, Herstellern und Dienstleistern der Privatsphäre dem Datenschutz gegenüberstehen.

These 4: In Zukunft wird es seltener notwendig sein, überhaupt an einen anderen Ort zu fahren.

Ob Einkäufe, Bankgeschäfte oder Behördengänge, immer mehr lässt sich komfortabel online erledigen, bestellen oder beauftragen. Hinzu kommen Entwicklungen, wie Telemedizin und Onlinekurse und die Möglichkeiten, auch von zu Hause zu arbeiten. Das führt dazu, dass viele bisher zwingend notwendige Wege eingespart werden können.

These 5: Die durch die digitale Unterstützung gewonnene Zeit ist keine Freizeit.

Dank digitaler Technik gibt es in Zukunft weniger Staus, wir kommen einfacher und schneller von einem Ort zum anderen und im Idealfall können wir dabei im selbstfahrenden Auto entspannen, schlafen oder mit dem Partner/der Partnerin gemütlich einen Film sehen? Die Vorstellungen von Arbeitgebern dürften hier aber ganz andere sein! Nicht nur das Fahrzeug lässt sich dann effizienter einsetzen, sondern auch der Fahrer.

These 6: Digitalisierung trägt dazu bei, die Kosten für Mobilität zu senken, mehr Menschen Teilhabe zu ermöglichen und die Umwelt zu schützen.

Durch digitale Technik und die Verfügbarkeit von Informationen können Leerfahrten vermieden und Angebote realisiert werden, die sich stets am tatsächlichen Bedarf orientieren. Die Kosten zur Bereitstellung von Mobilitätsangeboten werden daher in Zukunft sinken. Die Reduzierung von Mobilität, ein effektiv gelenkter Straßenverkehr mit durchgehend verfügbaren Informationen um Staus auszuweichen und Parksuchverkehr zu vermeiden, sowie die Vermeidung von Leerfahrten im ÖPNV tragen zudem wesentlich dazu bei, die Folgen des Autoverkehrs für die Umwelt zu reduzieren.

Wer länger denkt, bleibt lange jung! Thesepapier als Diskussionsgrundlage für das Forum der Generationen im Landtag Sachsen-Anhalt

Die Autorin Ulrike Frosch M. A. ist Magdeburgerin sowie Berufs- und Betriebspädagogin & Soziologin. Gegenwärtig ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Betriebspädagogik der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg tätig. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der arbeitsorientierten Kompetenzentwicklung und -messung, der Organisationstheorie und Organisationsentwicklung sowie der Lebenslauf- und Biographieforschung. Aktuell arbeitet sie im Projekt „Weiterbildungscampus“, in dem sie innerhalb des Teams der Organisationsentwicklung die organisationalen Rahmenbedingungen für die Initialisierung und Institutionalisierung wissenschaftlicher Weiterbildung für den Standort Magdeburg analysiert.

These 1: Lebenslanges Lernen ist eine Haltung, nicht nur Prozess.

Lebenslanges Lernen (LLL) ist auf das Nebeneinander von Arbeiten, Weiterbildung, Freizeit und sozialem Engagement ausgerichtet und soll den stetigen Kompetenzzuwachs des Einzelnen fördern. LLL setzt dabei auf die Freiheit, Inhalte und Formen des Lernens, die gut für die eigene (berufliche) Entwicklung sind, selbst auszuwählen.

Aber bereitet die schulische Bildung und berufliche Ausbildung genügend auf die damit einhergehenden Anforderungen vor?

These 2: Es braucht ausreichend Gelegenheiten und leichte Zugangsmöglichkeiten für lebenslanges Lernen.

Bildung war noch nie so vielen Menschen zugänglich, wie heute. Bildungseinrichtungen boomen, es gibt zahlreiche Angebote in unterschiedlichen Formaten (Präsenzveranstaltungen, Online-Kurse, gemischte Varianten). Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass obwohl in Deutschland ein Zuwachs an Weiterbildungsaktivitäten zu verzeichnen ist, beispielsweise Arbeitslose, Teilzeiterwerbstätige, Arbeiter*innen, Un-/Angelernte und Geringverdienende nicht in dem Maße von Weiterbildungsangeboten profitieren können, wie andere Teilgruppen. Das bezieht sich sowohl auf die Teilhabe (den Zugang) an zielgruppenspezifischen Angeboten als auch auf die persönlich motivierte, aktive Teilnahme.

Was macht die Teilhabe und Teilnahme für unterschiedliche Zielgruppen aus? Wie können sie ggf. gefördert werden?

These 3: Lebenslanges Lernen ist mehr als eine individuelle Aufgabe, es ist ein gesellschaftlicher Auftrag.

Lebenslanges Lernen setzt auf die individuelle Freiheit, im Lebensverlauf geeignet erscheinende Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Im Kontext der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik entsteht jedoch ein Spannungsfeld zwischen persönlichen Interessen und den gesellschaftlichen Anforderungen. Die demografische Entwicklung wird in den nächsten Jahren spürbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Land Sachsen-Anhalt haben. So wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um ca. 26 % abnehmen. Hauptengpässe wird es vor allem im Bereich der Gesundheits- und Sozialberufe geben.

Wie ist das in Einklang zu bringen?

These 4: Nicht das tatsächliche Alter, sondern das vorherrschende Altersbild dominiert die Teilnahme und Teilhabe an lebenslangem Lernen.

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Zukunft. Wissenschaftliche Studien (z. B. OECD-Studie von 2010) belegen, Investitionen in Bildung haben für ein Land eine hohe Rendite. Investitionen in Bildung werden jedoch z. T. sehr unterschiedlich getätigt. Schaut man sich beispielsweise den Adult Education Survey an, eine Datenerhebung über die Beteiligung und Nichtbeteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen, lässt sich für die vergangenen Jahre (2010-2016) festhalten, dass die Altersklasse der 55- bis 64-Jährigen insgesamt am wenigsten – sowohl an betrieblicher Weiterbildung als auch an Weiterbildung insgesamt – partizipieren. Die 18- bis 24-Jährigen weisen ebenfalls eine geringe Beteiligung und ein geringeres Volumen an Weiterbildung gegenüber den 25- bis 54-Jährigen auf.

Woran könnte das liegen? Welche Altersgruppen sollten von (Weiter-)Bildungsangeboten profitieren und warum? Intergenerative Bildungsangebote...?

These 5: Bildungsangebote müssen sich an den Lebensphasen orientieren und Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Lebenslanges Lernen muss für den Lernenden einen Sinn ergeben.

Der Lebenslauf verliert durch diverse gesellschaftliche Wandlungsprozesse seine frühere starre Strukturierungskraft in Schule, Ausbildung, Beruf und Ruhestand und ermöglicht bzw. erfordert größere individuelle Gestaltungsspielräume. Damit einher geht die Zunahme von individuellen Entscheidungen, sowohl die berufliche Entwicklung betreffend als auch bezogen auf das Abwägen von Möglichkeiten und Grenzen einzelner Bildungsangebote. Entscheidend für die aktive Teilnahme an Bildungsangeboten ist somit, dass sich für den Einzelnen in seiner spezifischen Lebenslage Entwicklungsmöglichkeiten auftun.

Doch wie kann eine solche Orientierung an den Lebensphasen erreicht werden? Welche Erwartungen richten sich damit an beteiligte Akteure (Bildungsanbieter, Politik, Arbeitgeber)?

Forum der Generationen

Der Dialog zwischen Jung und Alt stand im Mittelpunkt eines erstmals gemeinsam vom Landtag, der Landesseniorenvertretung und dem Landeschülerrat Sachsen-Anhalt durchgeführten Forums der Generationen im Parlament.

Vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen des Demographiewandels sollten Impulse für die öffentliche Diskussion und den Meinungsbildungsprozess in Politik und Gesellschaft gegeben werden. Neben 40 Senioren und 20 Schülern nahmen auch Studierende am Forum teil. Die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen wurden am Ende im Plenarsaal des Landtags präsentiert.

„Die souveräne Gelassenheit der Jugend und die Lebenserfahrung der Älteren sollen im Forum zueinanderfinden“, erklärte Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch bei der Eröffnung der Veranstaltung im Plenarsaal. „Beide Seiten sollten dabei aufgeschlossen aufeinander zugehen.“

Angelika Zander, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V., wies in ihrem Eröffnungsstatement darauf hin, dass sich die Beziehungen zwischen den Generationen veränderten. Während die höhere Mobilität mehr Gestaltungsraum schaffe, trage sie auch dazu bei, die Generationen voneinander zu trennen: Dies sei bei der Wohnsituation zu beobachten, aber auch bei einer separierten Freizeitgestaltung. Der Dialog zwischen den Generationen sei indes lebenswichtig für die Gesellschaft, so Zander.

Die Seniorenvertreterin betonte die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens: „Bildung verbessert die Gesundheit, man lernt, seine Interessen zu erweitern und zu vertiefen, die selbstständige Alltagsführung wird länger aufrechterhalten oder ausgebaut.“ Wichtig sei, auch bildungsfernen Menschen entsprechende Angebote zu unterbreiten – niedrigschwellig und finanziell erschwinglich.





Senioren und Jugendliche beim gemeinsamen Arbeiten im Plenarsaal (o.) und in der Arbeitsgruppe (u.). Den Sitzungsvorstand bildeten Michaela Benecke, Gabriele Brakebusch und Angelika Zander (M.v.l.).

„Wir reden über Zukunft“, sagte Michaela Benecke, Vorsitzender des Landesschülerrats Sachsen-Anhalt e.V. Und diese sei keine ferne Utopie. Sie verbinde die Generationen über die Altersgrenzen hinweg. Das „Forum der Generationen“ beinhalte zukunftsweisende Themen. „Die Digitalisierung spielt schon eine enorme Rolle im Alltag, dies wird sich noch intensivieren“, ist sich Benecke sicher – ein Grund mehr, sie im Forum zu thematisieren. Digitalisierung und lebenslanges Lernen hängen sehr eng zusammen – „es steht so viel Wissen wie nie zur Verfügung“, sagte der Schülervertreter. Nun müssten Maßnahmen und Wege gefunden werden, wie möglichst jeder in den Genuss von Wissen, digitalen Vereinfachungen der Wissensaneignung und der damit einhergehenden Verbesserung der Mobilität kommen könnte.

Die 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der

älteren und jüngeren Generationen diskutieren vor dem Hintergrund ihrer sehr unterschiedlichen Sichtweisen die Themenbereiche „Lebenslanges Lernen“ sowie „Mobilität und Digitalisierung“, zunächst in zwei Arbeitsgruppen, später im Plenum gemeinsam mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Fraktionen.

Ein stärkeres Miteinander zwischen den Generationen haben die Jugendlichen, Studenten und Senioren in ihrer Arbeitsgruppe als gemeinsames Ziel für die Zukunft herausgearbeitet. Dort, wo die traditionellen Familienverbände nicht mehr so wirkten wie früher, müsste es zu einem stärkeren Aufeinanderzugehen zwischen Jung und Alt kommen. Vorstellbar wäre dies beispielsweise, indem Jugendliche den Älteren in Gemeinschaftstreffs Nachhilfe in Sachen Digitalisierung anböten. Ein flächendeckendes Angebot an Internet wäre freilich die Voraussetzung.

Unter dem Motto „Digitalisierung und Mobilität fangen im Kopf an“ sollte schon in der Schule auf die Möglichkeiten und Gefahren der digitalen Welt hingewiesen werden. Eine Brücke zur Arbeitsgruppe „Lebenslanges Lernen“ schlug sich hier automatisch: Denn keine Generation sei vor dem Nutzen und den Gefahren des Internets gefeit. Da die Jungen zwangsläufig „die Alten von morgen“ sein werden, sei es ratsam, frühzeitig die technischen, rechtlichen und inhaltlichen Dimensionen der digitalen Welt zu kennen und schon jetzt auf eine Verbesserung der Bedingungen hinzuwirken. Schlagwort war hier zum Beispiel ein „Mobilitätskonzept“ für den Schüler-, aber auch für den Seniorenver-

kehr.

„Lebenslanges Lernen ist nicht nur ein Konzept, sondern auch eine Haltung“, heißt das Fazit aus der gleichlautenden zweiten Arbeitsgruppe. Junge wie alte Menschen

„Bildung verbessert die Gesundheit, man lernt, seine Interessen zu erweitern und zu vertiefen.“

Angelika Zander, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V.

müssten in die unterschiedlichen Formen des Lernens hineinwachsen. Die dafür notwendige Zeit müsse aufgebracht und die entsprechende Motivation gefunden werden. Wichtig sei, wieder „mehr für sich selbst zu lernen“.

Der Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten sei jedoch gerade im ländlichen Raum oft umständlich und mit hohen Kosten verbunden. Ohne einen kostengünstigen ÖPNV würde man aus den Dörfern kaum in die Ortschaften mit Volkshochschulen und ähnlichen Einrichtungen gelangen. Empfehlenswert wäre ehrenamtlich geleiteter Unterricht von Jung für Alt, genauso wie von Alt für Jung. Hierfür müsse dem Ehrenamt eine größere Würdigung zuteilwerden.

Die Erkenntnisse aus dem Forum der Generationen sollen die Abgeordneten des Landtags in ihre Fraktionen tragen und so in die Arbeit zu Jugend, Familie und Senioren einfließen lassen.

Dr. Stefan Müller



Forum der Generationen

20. November 2017

Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

Teil I - Erste Zusammenkunft im Plenarsaal des Landtages

Eröffnung und Begrüßung 6

Grußwort der Vorsitzenden der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V. 8

Grußwort des Vorsitzenden des Landesschülerrates Sachsen-Anhalt 11

Teil II - Beratungen in drei Arbeitsgruppen (ohne stenografische Aufzeichnung)

Teil III - Zweite Zusammenkunft im Plenarsaal des Landtages

Dialog der Generationen

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“ 16

Diskussion 21

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“ 41

Diskussion 48

Schlussbemerkungen

58

Anwesende:**Mitglieder des Landtages:**

Brakebusch, Gabriele, Präsidentin	
Borgwardt, Siegfried	CDU
Krull, Tobias	CDU
Schmidt, Jan Wenzel	AfD
Hohmann, Monika	DIE LINKE
Kolb-Janssen, Prof. Dr. Angela	SPD
Grube, Dr. Falko	SPD
Aldag, Wolfgang	GRÜNE

Mitglieder der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V.:

Zander, Angelika, Vorsitzende
Böhme, Wieland
Dorn, Norwin
Eckart, Erich
Engel, Jürgen
Förster, Michael
Galle, Eva
Garz, Dr. Roland
Günther, Lothar
Handrek, Lina
Hecke, Detlef
Kaiser, Karina
Kaminski, Gudrun
Kessel, Dr. Manfred
Koerner, Reinhold
Körber, Ulrich
Koszior, Karl-Heinz
Kruse, Wolfgang
Kühner, Werner
Lakomy, Georg
Liebold-Müller, Renate
Paschke, Christine
Peschick, Ulrich
Poppe, Pia
Raduly, Janos
Rieseler, Elke
Riß, Wilfried
Rölke, Detlef
Schnellhardt, Dr. Horst
Scholz, Hans-Jürgen
Schöll, Rudi
Schöne, Prof. Dr. Roland
Schubert, Petra

Sobbe, Ingrid
Sperling, Fritz
Stegemann, Cornelia
Viezens, Winfried
Wolfram, Bernd
Ziem, Rosemarie
Zimmer, Hans Jürgen

Mitglieder des Landesschülerrates Sachsen-Anhalt:

Benecke, Michael, Vorsitzender
Bahn, Marcus
Dobert, Alexander
Elsner, Nico
Enke, Maren Sophie
Fricke, Paul
Hübner, Jonathan
Moch, Niklas
Opitz, Fiete
Pogorzelski, Adrian
Prinzler, Lena
Schäfer, Lina
Schieferdecker, Emily
Schönemann, Roman
Schwertfeger, Max
Stallbaum, Lilli
Tognino, Till-Florian
Weiss, Josefine
Welsch, Anna Sophie
Wesendorf, Saskia
Witteborn, Nico
Wozny, Max
Wurzler, Lisa Marie

Mitglieder von Nachwuchsorganisationen der im Landtag vertretenen Parteien:

Born, Tobias
Burghard, Valentin
Hempel, René
Koch, Sebastian
Kreye, Anna
Lembert, Friedrich
Müller, Louise
Schneider, Franziska
Schwarz, Thorben
Uschner, Florian

Gäste von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg:

Dietrich, Georg	(Student)
Frosch, Ulrike	(Lehrstuhl für Betriebspädagogik, wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Funk, Florian	(Student)
Gerhardt, Mareike	(Studentin)
Radde, Justina	(Studentin)
Sachse, Paulina	(Studentin)
Schröer, Friederike	(Studentin)

Weitere Gäste:

Jan Knipperts	(Bertelsmann Stiftung)
---------------	------------------------

Von der Landtagsverwaltung:

Gaertner, Petra	(Ausschussassistentin)
-----------------	------------------------

Niederschrift:

Zimmer, Anja	(Stenografischer Dienst)
--------------	--------------------------

Beginn: 9:32 Uhr.

Teil I - Erste Zusammenkunft im Plenarsaal des Landtages

Eröffnung und Begrüßung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. - Ich bin ganz erschrocken, dass das tatsächlich funktioniert. Im Plenum funktioniert es nämlich nicht sofort. Deswegen: Vielen Dank! Ich werde nicht müde, immer wieder zu betonen, wie wichtig diszipliniertes Verhalten für die Beratungen ist.

Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Angelika Zander! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Landesschülerrates Michael Benecke! Sehr geehrte Abgeordnete aus den Fraktionen! An dieser Stelle möchte ich Ihnen die herzlichsten Grüße unseres Ministerpräsidenten ausrichten. Es ist gerade eine bewegte Zeit; es sind viele Termine, die über den Ministerpräsidenten hereinbrechen. Aus diesem Grunde kann er an diesem Forum leider nicht teilnehmen. Herr Dr. Haseloff lässt die herzlichsten Grüße an Sie alle ausrichten.

Er hat mich darum gebeten, im Nachgang dieser Veranstaltung das Gespräch mit ihm darüber zu suchen, wie diese Veranstaltung funktioniert hat. Es ist heute doch das erste Mal, dass wir Senioren und Jugendliche aus dem Land eingeladen haben, um ins Gespräch zu kommen und das eine oder andere miteinander zu beraten. Der Herr Ministerpräsident möchte wissen, wie das Forum der Generationen funktioniert hat. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es gut wird.

Ich habe gesagt: Wir haben mit dem Jugendparlament des Öfteren gute Erfahrungen gemacht, und ich denke, es liegt schon eine Weile zurück, dass der Seniorenrat hier getagt hat. Dass Vertreter der jungen und der alten Generation hier zusammenkommen können, ist etwas Neues; ich freue mich einfach darauf.

Als Gastgeberin und Mitveranstalterin begrüße ich Sie alle, die in dieses Hohe Haus zu uns gekommen sind, recht herzlich! Es ist mir eine große Freude, als Präsidentin dieses Landtages, somit als oberste Repräsentantin des Landes Sachsen-Anhalt, die Veranstaltung zu eröffnen.

Wir führen heute zum ersten Mal, sozusagen als Pilotprojekt, ein Forum der Generationen mit der Landesseniorenvertretung und dem Landesschülerrat durch. Ich meine, der Landtag bietet für diese Veranstaltung einen würdevollen Rahmen.

Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel dieses Veranstaltungsformates, die Kommunikation zwischen Jung und Alt zu fördern. Wir erhoffen uns daraus wichtige Impulse für die öffentliche Diskussion.

Die Zukunft unserer Gesellschaft liegt im Zusammenspiel der Generationen. Zu diesem Zusammenspiel gehören der Wissensdurst, Tatendrang und die jugendliche Stärke der

jungen Generation ebenso wie der erworbene Wissensschatz, die souveräne Gelassenheit sowie die kostbaren Lebens- und Berufserfahrungen der älteren Generation, der auch ich angehöre. Deshalb halte ich es für besonders wichtig, dass sich beide Seiten aufgeschlossen und verständnisvoll füreinander zeigen.

Lassen Sie mich nun einige Worte zum Ablauf der Beratungen sagen. Im ersten Teil dieses Generationenforums werden wir die Grußworte der Landesvertretungen, das heißt, zuerst der Landesseniorenvertretung und anschließend des Landesschülerrates, jeweils von den Vorsitzenden vorgetragen, hören. Gegen 10 Uhr wird der erste Teil der Veranstaltung beendet sein. Ab 10:15 Uhr beginnen die Beratungen in den beiden Arbeitsgruppen, und zwar in gemischten Gruppen, das heißt, Forumsteilnehmer der älteren und der jüngeren Generation werden sich zweier Themen annehmen und darüber gemeinsam beraten.

Es handelt sich zum einen um das Thema „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“. Als Grundlage für diese Beratung wurde von Frau Ulrike Frosch, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Betriebspädagogik an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, ein Thesenpapier erarbeitet; sie wird auch die Moderation in der Arbeitsgruppe übernehmen.

Zum anderen wird es um das Thema „Mit einem Klick durchs Leben?“ gehen. Hierfür wurde von Herrn Jan Knipperts, Demografieexperte der Bertelsmann Stiftung, ein Thesenpapier als Beratungsgrundlage erarbeitet. Herr Knipperts wird die Moderation dieser Arbeitsgruppe übernehmen. Vielen Dank, Frau Frosch und Herr Knipperts, dafür, dass Sie das Forum der Generationen unterstützen werden. Seien Sie beide herzlich willkommen!

Nach den Beratungen in den Arbeitsgruppen folgt ab 12:30 Uhr eine Mittagspause. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Forum sind im Restaurant des Landtages Gäste des Hauses. Um 13:30 Uhr kommen wir im Plenarsaal zu einem Dialog der Generationen erneut zusammen, um die Berichterstattungen aus den beiden Arbeitsgruppen zu hören und über die Themen zu diskutieren. An dieser Diskussion werden sich Mitglieder des Landtages rege beteiligen; diese sitzen hier vorn rechts neben mir.

Ich wünsche uns nunmehr einen interessanten und erfolgreichen Verlauf dieses Forums der Generationen. Viel Spaß! Ich hoffe, dass Sie sich intensiv einbringen werden.

Ich bitte nunmehr die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V. Frau Angelika Zander um ihr Grußwort an das Forum der Generationen. Sie können das Rednerpult je nach Körpergröße etwas hoch- oder runterfahren.

Angelika Zander:

Alles okay. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. Frau Zander, Sie haben das Wort. Bitte.

Grußwort der Vorsitzenden der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V.

Angelika Zander:

Danke schön, Frau Präsidentin.

Heinz Nitschke: „Zuerst lernen die Jungen von den Alten, ihr Leben und die Zukunft für sich zu gestalten. Später lehren die Jungen die Alten, den Fortschritt zu nutzen und für sich zu entfalten. So war es schon immer, so ist es noch heute, damit ein Alter niemals den Fortschritt scheut. Der Fortschritt und der Wohlstand für alle in dieser Welt geschieht nur, wenn Jung und Alt ganz fest zusammenhält.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Vorsitzender des Landesschülerrates Herr Benecke! Sehr geehrte Mitglieder des Landtages! Verehrte Teilnehmer am Forum der Generationen! Im 8. Seniorenforum, September 2015, wurde der Beschluss gefasst, ein Generationenforum durchzuführen. Das wurde wohlwollend aufgenommen. Heute ist es nun so weit, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Die Beziehungen zwischen den Generationen verändern sich infolge des demografischen Wandels, aber auch aufgrund von Anforderungen in der Arbeitswelt und durch Veränderungen in den Familien. Dadurch, dass weniger Kinder geboren werden, verringern sich auch die Chancen der Älteren, in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen zu kommen.

Hinzu kommt, dass die Angehörigen der verschiedenen Generationen einer Familie aufgrund beruflicher Mobilitätsanforderungen häufig nicht mehr am selben Ort wohnen. Auch das trägt dazu bei, dass die Begegnungen zwischen den Generationen seltener werden; sie ergeben sich nicht nebenbei, sondern müssen stimuliert werden.

Auch außerhalb der Familie zeigt sich die Tendenz, dass die Beziehungen zwischen Menschen der jungen und der alten Generation ausdünnen. In der Arbeitswelt werden ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach wie vor frühzeitig freigesetzt. Vereine und Verbände klagen über eine Unterjüngung ihrer Mitgliederstrukturen.

Zudem sind Tendenzen zur Separierung der Generationen in eigenen Einrichtungen wie Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Betreuungseinrichtungen für die Älteren zu verzeichnen. Insbesondere die separierten Freizeitwelten sind von den Generationen gewollt. Es macht durchaus Sinn, dass sich Angehörige einer Generation eigene soziale Orte für den Austausch innerhalb ihrer Generation schaffen. Diese Separierung der Generationen bedeutet aber einen Verlust, weil damit Erfahrungsmöglichkeiten nicht mehr gegeben, gegenseitige Lernprozesse und wechselseitige Unterstützung nicht mehr möglich oder nur schwer zu organisieren sind.

Der Dialog der Generationen ist für die Gesellschaft lebenswichtig. Es erfordert gezielter Aktivitäten, um die Beziehungen zwischen den Generationen auf neue Weise anzuregen. Wenn sich Begegnungen von Menschen verschiedener Generationen weniger von selbst ergeben, bedarf es neuer sozialer Orte und Gelegenheiten, wo diese Vertreter der Generationen miteinander Erfahrungen machen und austauschen können.

Wir werden uns heute zwei Schwerpunkten widmen, welche die Jüngeren genauso wie die Älteren immer wieder vor Herausforderungen stellen. Das betrifft zum einen das lebenslange Lernen, zum anderen die Digitalisierung im Rahmen von Mobilitätsangeboten in all ihren Facetten.

Bildung für Seniorinnen und Senioren hat nichts mit der frühen Schulzeit zu tun; man muss nicht mehr, man kann und darf. Je mehr Ältere ein Bildungsangebot in Anspruch nehmen, desto besser ist das für die gesamte Gesellschaft; denn geistig und körperlich aktive Seniorinnen und Senioren erleben mehr Jahre in Gesundheit. Letzteres ist eines der großen Ziele unserer täglichen Arbeit. Immer mehr Ältere wollen aktiv an der Gesellschaft teilnehmen, wollen ihr Leben noch selbstständiger gestalten und interessieren sich daher für altersgerechte Bildungsangebote. Es liegt nunmehr an der Bildungslandschaft und an der Wirtschaft; sie müssen die Marktchance erkennen und passende Angebote erarbeiten.

Im Jugendalter überwiegen schulisch strukturierte Lernprozesse. Deshalb liegt in dieser Lebensphase der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Förderung des lebenslangen Lernens.

In der Lebensphase der Älteren nimmt die Bedeutung schulischen Lernens ab. Deshalb bedarf es der Unterstützung des informellen Lernens durch Weiterbildung, die auf die entsprechend veränderte Lebenssituation und die Anwendungsbezüge spezifischer Bedarfe älterer Menschen kompetent und flexibel reagiert.

Die Lebensphase Älterer zeichnet sich durch eine größere Freiheit der Lernenden aus, selbst zu bestimmen, ob, wie und wofür gelernt werden soll. Ältere wirken durch ihr Wissen und ihre Erfahrungen an der Gestaltung kultureller und gesellschaftlicher Entwicklungen mit. Dies ist Ausgangspunkt für die Selbstbeteiligung an Lernprozessen, für Selbstorganisation und Selbstverwirklichung der Älteren auch durch neue soziale Bindungen. Das heißt, die Alten lernen, um ihre Kenntnisse auf für sie interessanten Wissensgebieten zu vertiefen oder zu erweitern, um durch die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen soziale Kontakte zu erhalten und zu pflegen, sehr oft auch, um eine selbstständige Alltagsführung zu erhalten oder auszubauen.

Zu diesem Bereich gehören vor allem Kurse zur Computernutzung, zum Gedächtnistraining, zur gesunden Lebensführung, Sportangebote, aber auch Kurse zur Sturzprävention oder zur richtigen Körperhaltung zum Beispiel bei Hebebewegungen. Zum Bereich der selbstständigen Lebensführung gehören aber auch Grundlagenkurse in Lesen und Schreiben; denn auch die Älteren weisen wie andere Altersgruppen Schwächen in Lesefähigkeit, Leseverständnis und Schreibfähigkeit auf. Das ist eine neue Situation für alle Bildungsanbieter.

Eine wichtige Aufgabe für uns Seniorenorganisationen ist dabei weiterhin, auch bildungsfernen Menschen ein Angebot zu unterbreiten, an dem sie voll teilnehmen können. Mit niederschweligen Angeboten müssen wir alle dort abholen, wo sie jetzt stehen.

Bildung verbessert die Gesundheit. Jene werden älter, die bis ins hohe Alter geistig und sozial aktiv bleiben. Bildung kann die Lebenszeit um bis zu zwölf Jahre verlängern,

da sie zu einem bewussten Leben und zu einem veränderten Risikoverhalten befähigt. So gelangen gebildete Menschen beispielsweise leichter an Informationen.

Damit bin ich beim zweiten Schwerpunkt dieses Forums: die Digitalisierung, welche auf alle Lebensbereiche der Menschen, so auch auf die Mobilität, unabhängig vom Alter Einfluss hat.

Ziel des Prozesses der Digitalisierung in der Mobilität kann es sein, eine höhere Flexibilität für alle Fahrgäste zu ermöglichen und mittels Nutzerdaten eine bessere Steuerung der Kapazitäten eng an der Nachfrage orientiert zu gewährleisten, beispielsweise durch bestimmte Tarifmodelle.

Digitalisierung im Rahmen von Mobilitätsangeboten ermöglicht zudem eine bessere Auslastung der vorhandenen Verkehrsangebote, ohne pauschal zusätzliche Infrastruktur schaffen zu müssen. Auch während verkehrsschwacher Zeiten kann dadurch eine bessere Auslastung im ÖPNV erzielt werden.

Ein Beispiel dafür sind bereits heute existierende Navigationssysteme, die unter anderem dem Autofahrer Informationen zu Verkehrsauslastungen und zu Staus geben, anhand derer er sich für eine günstigere Strecke entscheiden kann. Die Fortführung dieses Gedankens würde in verkehrsübergreifenden Auslastungsinformationen enden.

Im ländlichen Raum, wo aufgrund von dünner Besiedlung das ÖPNV-Angebot nicht vergleichbar mit dem in städtischen Räumen ist, können digitale Anwendungen die Nutzung flexibler Bedienformen erleichtern. Bis dieses Ziel erreicht ist, werden jedoch noch einige Jahre vergehen.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass sich ein großer Teil der Älteren mit IT-Technik nicht auskennt bzw. keine solche Technik besitzt. Es wird zudem mindestens noch eine Generation dauern, bis alle die Grundvoraussetzungen haben, um die Digitalisierung anzuwenden und an andere Personen weiterzugeben. Es gibt Menschen mit Einschränkungen, mit einem niedrigen Bildungsstand oder mit einem niedrigen Einkommen, die diese Voraussetzungen, die erforderlich sind, um digitale Informationen überhaupt nutzen zu können, nicht besitzen.

Die Mobilität der Senioren wird in Zukunft weiter steigen. Die Beteiligung an der Mobilität nimmt im Alter jedoch infolge wahrscheinlicher werdender gesundheitlicher Beeinträchtigungen und Behinderungen wieder ab. Insbesondere die Bereitschaft und der Wunsch, im Alter Auto zu fahren, sind groß. Das Auto ist für Ältere ein wichtiges Fortbewegungsmittel. Es ersetzt oft den ÖPNV oder die Fortbewegung zu Fuß.

Letzteres macht aber immer noch den Hauptteil der Mobilität Älterer in Europa aus. Allerdings sind die Senioren dabei Risiken ausgesetzt, die aus der Ausgestaltung der Fußwege resultieren und die nach wie vor unterschätzt werden. Ich erinnere nur an die fehlende Barrierefreiheit, die eigentlich bis zum Jahr 2020 relativ weit hätte umgesetzt werden sollen. Lassen wir uns überraschen, ob dies gelingen wird.

Viele Ältere wünschen sich, wie Jüngere in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Entscheidungsträger und Verantwortliche sind daher aufgefordert, insbesondere im kommunalen Lebensumfeld bessere Beteiligungsmöglichkeiten

für ältere Menschen zu schaffen bzw. auszubauen, Hemmnisse zu überwinden und mit freiwillig engagierten Menschen aller Altersgruppen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Um sich als älterer Mensch beteiligen zu können, bedarf es der Mobilität. Auch ist sie eine Grundvoraussetzung für ein selbstständiges Leben im Alter, was für eine Reihe von Aktivitäten erforderlich ist, die den Lebenserhalt sichern. Sie ermöglicht soziale Aktivitäten und gesellschaftliche Teilhabe und spielt im individuellen wie im gesellschaftlichen Rahmen eine bedeutende Rolle. Besonders im ländlichen Raum sind entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und zu fördern.

Mobilität erfordert ein weiterhin enges Zusammenwirken von öffentlicher Hand, privaten Unternehmen und Verbänden. Alle sind gemeinsam in die Pflicht genommen, die Qualität der Mobilitätsangebote für Menschen aller Altersgruppen mit eingeschränkter Mobilität Schritt für Schritt zu verbessern.

Ich wünsche allen Teilnehmern an diesem Forum der Generationen in den Arbeitsgruppen viele gute Ideen, damit sich die Wünsche der Generationen erfüllen. Ich hoffe, dass es künftig eine engere Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt im Land gibt.
- Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich danke Frau Zander für ihre Ausführungen. - Nunmehr wird Herr Michael Benecke das Grußwort für den Landesschülerrat übernehmen. Bitte schön, Herr Benecke, Sie haben das Wort.

Grußwort des Vorsitzenden des Landeschülerrates Sachsen-Anhalt

Michael Benecke:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Zander! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine ganz besondere Freude und Ehre zugleich, Sie heute zum Forum der Generationen im Plenarsaal des Landtages mit begrüßen zu dürfen. Die Frau Landtagspräsidentin hat es schon erwähnt: Es ist das erste Mal, dass wir dieses Format, einen Austausch zwischen Jung und Alt, zwischen den Generationen, ausprobieren. Ich glaube, dass das ein weiterer guter Schritt ist, damit wir in der Gesellschaft einen engen Zusammenhalt haben.

Bevor ich einige Gedanken vortrage, möchte ich mich ganz herzlich bei der Landtagsverwaltung bedanken, die das Forum mit möglich gemacht hat, bei der Landessenorenvertretung, bei Frau Zander persönlich und bei den Mitgliedern des Landeschülerrates, die uns bei der Organisation sehr unterstützt haben, selbstverständlich auch bei der Frau Landtagspräsidentin, die sich bereit erklärt hat, heute zum einen die Begrüßung zu übernehmen, zum anderen die Diskussion nachher zu leiten.

(Beifall)

Wir haben soeben einige Gedanken von Frau Zander zu den Themen gehört, die wir heute besprechen werden. Zusammengefasst kann man sagen: Wir reden über die Zukunft. Zukunft, sie leitet uns. Zukunft, das ist keine ferne Utopie; sie resultiert aus dem Hier und Jetzt. Zukunft, das ist die Frage, die alle Generationen verbindet. Die beiden Themenkomplexe, die wir nachher in den Arbeitsgruppen behandeln und danach im Plenarsaal des Landtages diskutieren werden, sind zukunftsweisende Themen, manch einer mag vielleicht sagen: zukunftsentscheidende Themen.

Natürlich ist es richtig zu sagen, dass beispielsweise die Digitalisierung in Zukunft einen höheren Stellenwert als heute haben wird. Wenn man sich einmal verdeutlicht, welchen Stellenwert sie schon heute in allen Lebensbereichen hat - das reicht vom Handy, das wahrscheinlich jeder von Ihnen in der Tasche hat, über den Internetanschluss bis zu kleinsten Dingen des Lebens -, ist man wirklich erstaunt. Ich glaube, man kann doch sehr sicher sagen, dass diese Digitalisierung in näherer Zukunft und in der darauf folgenden Zeit weiter voranschreiten wird.

Einen Satz in den Bezeichnungen der Themen für die beiden Arbeitsgruppen fand ich sehr interessant, und zwar: „Mit einem Klick durchs Leben?“. Meine erste Assoziation war: Mit einem Klick durch die Welt? Das meine ich bezogen auf die Digitalisierung.

Richtigerweise kann man sagen: Digitalisierung und Lernen, auch lebenslanges Lernen, hängen sehr eng miteinander zusammen. Noch nie war so viel Wissen für jeden öffentlich zugänglich, der einen Zugang zum Internet und weiterhin auch die Möglichkeit hat, eine Bibliothek zu nutzen.

Man kann sehr sicher davon ausgehen, dass Wissen und damit verbunden lebenslanges Lernen in der näheren Zukunft eine noch größere Bedeutung haben werden, als es bereits heute der Fall ist. Man kann wohl sagen: In einem Land wie Deutschland kann man ohne Wissen nicht viel machen; Wissen ist einer der höchsten Werte unseres Landes. Zu Wissen und lebenslangem Lernen gehört es auch, zu diskutieren; das tun wir heute.

Ich möchte ein kleines Beispiel bringen: den Austausch zwischen allen Generationen. Nicht wenige in diesem Saal haben die friedliche Revolution, die Wiedervereinigung unserer Nation miterlebt. Für manch einen mag es eine entfernte Vergangenheit sein. Das trifft zu Recht auf einige in meiner Generation zu, für die es ein entferntes Thema aus dem Geschichtsunterricht ist, für die es eine Selbstverständlichkeit ist, frei reisen, frei wählen oder auch nur Bananen essen zu können. Ganz entscheidend ist ein Austausch im geschichtlichen Kontext mit Menschen, die das erlebt haben. Die Wende ist nur ein Beispiel. Was wäre unsere Generation ohne einen solchen Austausch?

Lassen Sie uns heute offen in Arbeitsgruppen diskutieren. Ganz herzlichen Dank an Frau Frosch und an Herrn Knipperts dafür, dass sie sich zur Übernahme der Moderation der Beratungen in den Arbeitsgruppen bereit erklärt haben.

Ich bedanke mich auch bei den anwesenden Mitgliedern des Landtages. Es ist eine ganz besondere Freude, dass Sie sich damit einverstanden erklärt haben, an der heu-

tigen Diskussion im Rahmen eines Forums der Generationen im Plenarsaal des Landtages teilzunehmen.

Ein offener Austausch und eine offene Diskussion sind der Sauerstoff einer offenen Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie. Eine substanzielle Auseinandersetzung mit Themen ist oft der Ausgangspunkt von Veränderung und damit der Entwicklung der Demokratie und eines Landes.

Neben den Themen, die ich soeben angesprochen habe, über die wir heute diskutieren werden, gibt es natürlich weitere Themen, die in der Zukunft eine große Bedeutung haben werden. Das ein Thema die Globalisierung. Da ist ein Thema die Migration. Aber eben auch die Digitalisierung und der immense Austausch, den wir weiterhin zwischen allen Lebenden - nicht nur zwischen allen Menschen, die in einem Land leben - brauchen, sind Themen.

Der Austausch zwischen Jung und Alt, zwischen Berufstätigen und Schülern, zwischen allen möglichen Personen, die verschiedenster Ansichten sein können - das hat nicht unbedingt etwas mit dem Alter zu tun -, im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft ist auch ein wichtiger Markenkern der Generationengerechtigkeit; diese wird oft nur in finanziellen und in sozialen Fragen behandelt.

Zweifellos: Lebenslanges Lernen, Diskutieren, das Lernen voneinander, ganz speziell die Weiterbildung sind für das berufliche Leben substanziell. Deswegen brachte ich das Beispiel des Austausches auch derjenigen, die schon berufstätig sind, mit denjenigen, die in näherer Zukunft berufstätig sein werden, beispielsweise Studenten - es sind einige anwesend - und Schüler. Das trifft aber nicht nur darauf zu. Also lassen Sie uns heute offen diskutieren.

Ich freue mich, dass hier so zahlreiche Vertreter der Generationen, Jung und Alt in allen möglichen unterschiedlichen Lebenssituationen, erschienen sind. Ich wünsche mir eine offene, sinnvolle Diskussion. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Benecke. - So schnell geht es. Wir sind schon am Ende des ersten Teils des Forums der Generationen gelangt.

Ich habe gerade festgestellt, dass wir keine Namensschilder aufgestellt haben. Sie können selbstverständlich nicht alle Abgeordneten kennen. Ich möchte Ihnen die anwesenden Mitglieder des Landtages vorstellen, damit Sie den Namen kennen und wissen, um wen es sich handelt.

Wir begrüßen recht herzlich als Erstes Frau Angelika Kolb-Janssen von der SPD-Fraktion, als Nächsten den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Herrn Siegfried Borgwardt. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Herr Wolfgang Aldag anwesend. Für die Fraktion der AfD ist Herr Jan Wenzel Schmidt heute für Sie Ansprechpartner.

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Trauen Sie sich ruhig, unsere Abgeordneten in die Diskussion mit einzubeziehen. Diese sind sehr gern hier hergekommen. Ich denke, wir können für unsere Arbeit noch so einige Dinge mitnehmen.

Erlauben Sie mir noch einige wichtige organisatorische Hinweise. Im Anschluss an diese erste Zusammenkunft beginnen, wie ich bereits gesagt hatte, ab 10:15 Uhr die Beratungen der beiden Arbeitsgruppen in den dafür vorgesehenen Beratungsräumen. Die Arbeitsgruppe zum Thema „Mit einem Klick durchs Leben?“ tagt in Raum B0 05; dieser Raum befindet sich im Erdgeschoss des Landtagsgebäudes. Die Arbeitsgruppe zum Thema „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“ berät in Raum B1 07 im ersten Obergeschoss des Hauptgebäudes.

Vor dem Plenarsaal und auf den Fluren des Landtagsgebäudes sind Wegweiser aufgestellt, die das Auffinden dieser Räume erleichtern sollen. Wenn Sie sich verirrt haben sollten, scheuen Sie sich bitte nicht, jemanden nach dem Weg zum Beratungsraum zu fragen. Mir ist es vor etwa 15 Jahren auch einmal nicht gelungen, einen Raum aufzufinden. Wenn man kurz abbiegt, um vielleicht noch auf ein „stilles Örtchen“ zu gehen, weiß man möglicherweise nicht mehr ganz genau, wo man langgehen muss. Fragen Sie dann bitte nach, wie der Raum aufzufinden ist. Die Schilder sollen Ihnen behilflich sein.

Für die Beratungen in den Arbeitsgruppen ist eine Zeit von jeweils zwei Stunden vorgesehen. Daran schließt eine einstündige Mittagspause an. Wir sehen uns zum dritten Teil der Veranstaltung um 13:30 Uhr hier im Plenarsaal wieder. Ich freue mich auf die weitere Moderation der Diskussion und auf die Auswertung der Beratungen in den Arbeitsgruppen im dritten Teil des Forums. Ich wünsche Ihnen nunmehr interessante und spannende Diskussionen in den Arbeitsgruppen. - Vielen Dank.

(Beifall)

(Die Teilnehmer am Forum der Generationen führen sodann im Teil II Beratungen in zwei Arbeitsgruppen durch.)

Unterbrechung: 10.03 Uhr.

Wiederbeginn: 13:33 Uhr.

Teil III - Zweite Zusammenkunft im Plenarsaal des Landtages

Dialog der Generationen

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte nehmen Sie die Plätze ein, ich möchte gern fortfahren. - Vielen Dank.

Ich habe soeben bemerkt, dass einige unter Ihnen mitbekommen haben, was für einen im Prinzip „kleinen Disput“ ich soeben hatte. Wir hatten jemanden unter uns, dem ich

dreimal zu erklären versucht habe, dass man, wenn man sich in diesem Hohen Hause im Plenarsaal befindet, die Kopfbedeckung abnimmt. Er hat es vehement abgelehnt, dem zu folgen, und hat geäußert: Das interessiert mich nicht. Wenn man die Würde des Menschen unter die Würde des Hohen Hauses stellt, dann wird er diesen Plenarsaal verlassen.

Ich informiere Sie hiermit über Folgendes: In diesem Hause habe ich das Hausrecht. Wenn ich höflichst um etwas bitte, möchte ich - das ist eine Sache des Anstandes -, dass man dem entspricht.

(Beifall)

Ich bedaure sehr, dass solche Vorkommnisse diese Veranstaltung etwas trüben. Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich diesen Teilnehmer am Forum der Generationen leider verabschieden musste.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Hiermit eröffne ich den dritten und letzten Teil dieses Forums der Generationen. Ich wünsche uns einen guten und interessanten weiteren Verlauf der Beratungen.

Wir begrüßen zahlreiche weitere Mitglieder der im Landtag vertretenen Fraktionen. Es sind hinzugekommen: für die CDU-Fraktion Herr Krull, für die Fraktion DIE LINKE Frau Hohmann und für die SPD-Fraktion Herr Dr. Grube. Die übrigen Abgeordneten habe ich Ihnen bereits vorgestellt.

(Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort und hören nunmehr die Berichterstattungen aus den Arbeitsgruppen zu den darin diskutierten Themen jeweils von einem Vertreter der älteren und einem Vertreter der jüngeren Generation. Es beginnen zunächst die beiden Berichterstatter der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“. Danach folgt die Diskussion zu dem Thema, an der sich die Abgeordneten des Landtages rege beteiligen werden. Wie ich heute früh schon gesagt habe: Haben Sie bitte keine Hemmungen, fragen Sie einfach und beziehen Sie unsere Abgeordneten mit ein. Diese sind deswegen hier und freuen sich auf die Diskussion.

Analog werden wir bei dem anderen Thema verfahren, sodass beide Themen jeweils vollständig durchberaten werden. Um den Zeitplan einzuhalten, ist für die Behandlung eines Themas, für die Berichterstattungen und eine Diskussion, maximal eine Stunde vorgesehen. Ich denke, auf diese Weise ermöglichen wir einen geordneten Verfahrensablauf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Wir kommen zur Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“. Ich bitte die beiden Berichterstatter Frau Karina Kaiser und Herrn Roman Schönemann, das Wort zu ergreifen. Ich habe verstanden, dass Frau Kaiser beginnt. Ist das korrekt?

(Karina Kaiser: Wie bitte?)

- Frau Kaiser wird beginnen?

(Roman Schönemann: Ja!)

- Okay.

(Karina Kaiser geht zu einem Saalmikrofon)

- Ich bitte Sie nach hier vorn; kommen Sie bitte ans Rednerpult.

(Karina Kaiser: Sorry!)

- Kein Problem.

(Heiterkeit)

Wie ich heute Morgen schon sagte: Sie können selbst erst einmal schauen, ob die Höhe des Rednerpultes für Sie günstig ist. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, können Sie es nach oben oder nach unten verstellen. Sie haben das Wort, Frau Kaiser, bitte.

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“

Karina Kaiser, Berichterstatterin:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich! In der anderen Arbeitsgruppe waren wir nicht vertreten. Ich hoffe, dass auch darin eine rege Diskussion stattgefunden hat. In der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“ war dies der Fall; die Diskussion war auch sehr spannend. Dass Senioren und Jugend gemeinsam beraten, habe auch ich heute das erste Mal erlebt; es war sehr interessant.

Zum Thema Digitalisierung. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, sich mit der Digitalisierung konkret im Zusammenhang mit Mobilität zu befassen. Ich möchte dem Hohen Hause empfehlen, die Wege im Landtagsgebäude digital zu gestalten; denn wir hatten ein wenig Schwierigkeiten, uns zurechtzufinden; das ist vielleicht eine Aufgabe für die Jugend.

(Zuruf: Wieso?)

Ich wünsche mir, in Eisleben losfahren, am Landtag einen freien Parkplatz finden und in diesem Hause nach digital verfügbaren Informationen von meinem Handy den Weg finden zu können. Möglicherweise liegt dies auch im Interesse unserer Jugend.

Sie müssen verstehen, dass wir Senioren uns dem Thema mit dem genähert haben, was wir im Moment in den Städten und Gemeinden vorfinden. Der Sprecher des Landeschülerrates hatte vorhin gesagt: Wir alle sind an der Zukunft interessiert. Das gilt für die Senioren mit Einschränkung. Wir Senioren betrachten mehr die nahe als die weitere Zukunft, gleichwohl wir uns im Klaren darüber sind, dass die weite Zukunft unsere Kinder und Jugendlichen betrifft. Aus diesem Grund war Grundlage der Diskussion in unserer Arbeitsgruppe die heutige Situation.

Zum Ersten. Wir haben vehement beklagt, dass wir zum Teil die technischen Voraussetzungen nicht haben. Im Land Sachsen-Anhalt - ich komme aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz, bin dort Kreissenorenratsvorsitzende, falls ich das in meiner Vorstellung noch nicht gesagt habe - gibt es da viele Baustellen, zum Beispiel am Gymnasium in Sangerhausen, soweit es mir aus der Presse bekannt ist. Wir haben zwar Computer, jedoch kein schnelles Internet, sodass ich sagen muss: Digitalisierung ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Da ist das schnelle Internet an die erste Stelle zu setzen.

Das Zweite, das ich der Diskussion entnommen habe: Technik wie das Handy ist auch eine Sache des Geldes. Wir werden gerade im Bereich der Senioren künftig mit Altersarmut zu kämpfen haben. Anlässlich einer Kreissenorenratssitzung in Sangerhausen hat die Landrätin davon gesprochen, dass bestimmte Zahlen schon bekannt sind. Auch in der Diskussion in unserer Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass wir damit rechnen müssen.

Wir haben auch festgestellt, dass man, wenn man sich ein Handy kauft und einen Handyvertrag abschließt, oder wenn man auch noch das Festnetz zu Hause nutzt, schnell auf Kosten von 100 bis 120 Euro im Monat kommt. Das wird sich künftig nicht jeder Senior leisten können.

Zum Dritten. Es ist eine Tatsache, dass sich in den Seniorenheimen ein Wandel vollzogen hat. Dort leben nicht mehr jüngere Alte, sondern hoch Betagte. Was hat ein Diskussionsteilnehmer in der Diskussion vorgebracht? - Mehr als 300 Überhundertjährige sind zu verzeichnen. Wir werden immer älter. Das Thema Digitalisierung an Ältere heranzutragen, wird mit zunehmendem Alter der Senioren immer schwieriger.

In der Diskussion wurde die Forderung erhoben - das finde ich gut und nehme ich mit -, in jedem Altenpflegeheim kostenloses WLAN anzubieten. Das ist in Bezug auf die Generation ungefähr im mittleren Alter - bei den Senioren gibt es drei Altersstufen: das junge, das mittlere und das hohe Alter - nicht von der Hand zu weisen. Ich fühle mich den Senioren des mittleren Alters zugehörig. Ich werde mir später kein Seniorenheim suchen, in dem kein kostenloses WLAN angeboten wird.

Zum öffentlichen Personennahverkehr. Auch das ist ein Thema für die Senioren. In Vorbereitung auf diese Veranstaltung hatte ich mir den ÖPNV-Plan 2020/2030 angesehen und habe darin viele Dinge gefunden, die uns Senioren helfen würden, im ländlichen Raum mit dem öffentlichen Personennahverkehr vorwärtszukommen.

Im Moment - da steht eben diese Digitalisierung zehn Stufen weiter oben - ist bei uns im Landkreis Mansfeld-Südharz in der Regel der Schülerverkehr vorherrschend. An den Wochenenden werden Orte mit weniger als 500 Einwohnern von öffentlichen Verkehrsmitteln gar nicht angefahren; dort existiert dann kein ÖPNV mehr.

Dass man insbesondere im Landkreis Mansfeld-Südharz Anstrengungen unternimmt, das ÖPNV-Angebot für Senioren mit einem Seniorenticket und durch die Bereitstellung von Informationen über Verkehrsausfälle per WhatsApp zu verbessern, sind positive Dinge, von denen auch ich gehört habe und weiß, dass sie auch unser Kreissenorenrat zur Kenntnis nimmt. Das bringt uns letztendlich nicht dazu, dass wir auch die kleineren Orte an den Wochenenden an kulturelle Zentren angebunden haben, um jedem

Senior die Möglichkeit zu geben, zum Beispiel ins Theater in Sangerhausen in die Mammuthalle zu gehen. Das ist im Zusammenhang mit der Digitalisierung immer noch ein Thema; denn wir wollen diese Möglichkeiten irgendwann einmal nutzen können. Wenn in dieser Hinsicht aber nichts passiert, können wir das auch nicht nutzen.

Wir hatten auch das Thema „Die Jugend lernt die Senioren im Umgang mit Technik wie dem Handy an“. Familienverbände haben sich besonders nach der Wende zum Teil aufgelöst; ich hoffe, dass das jetzt weniger wird. Infolge dessen wohnen die Kinder nicht mehr in der Heimat, sondern weit weg.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, dass Jugendliche in Gemeindetreffs gehen und Senioren darin anleiten, wie sich diese mit Fragen des Internets und mit Mobilitätsangeboten im Netz vertraut machen können.

Es gibt aber auch Unschönes im Zusammenhang mit dem Handy und dem Internet, zu Beispiel Kriminalität; auch das war ein Thema in unserer Arbeitsgruppe.

Wir haben festgestellt, dass sich soziale Netzwerke gebildet haben, dass es aber weiterhin notwendig ist, persönlich Kontakt zu halten. Es ist ein Resümee auch von uns Senioren, dass sich gerade in den letzten Jahren aufgrund von Kostendruck auch hier Verbände aufgelöst haben. Der Mensch steht nicht länger im Vordergrund, sondern die Frage, was es am Ende kostet. Wir werden diesen Fakt nicht auflösen können, müssen jedoch immer wieder den Umstand benennen, dass der Mensch eigentlich derjenige ist, der von allem, was wir tun und lassen, profitieren muss, dass nicht irgendwo am Ende ein Plus in der Bilanz steht und die Menschen werden nicht entsprechend berücksichtigt. - Das aus meiner Sicht.

Wir haben vorhin vereinbart - wo ist der junge Mann? -

(Roman Schönemann: Hier!)

- hier -, dass ich praktisch diesen Istzustand, wie wir Senioren ihn sehen - wir haben natürlich bei allen Themen, die vorgetragen wurden, mitdiskutiert -, beschreiben werde und dass Herr Schönemann das aus der Sicht der Jugend ergänzt bzw. dass er über die Dinge spricht, die uns in weiterer Zukunft helfen, das Thema anzugehen. In diesem Sinne übergebe ich das Wort.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Kaiser, für Ihre Ausführungen. - Ich erteile Herrn Roman Schönemann gern selbst das Wort. - Wie Sie, Frau Kaiser, es schon gesagt haben, wird er ergänzende Ausführungen machen. Danach werden wir in die Diskussion einsteigen. - Bitte schön, Herr Schönemann, Sie haben das Wort.

Roman Schönemann, Berichterstatter:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Teilnehmer am Generationenforum! Sehr geehrte Abgeordnete des Landtages! Ich sehe ein paar verwunderte Blicke. Der Junge hat ein leuchtendes Buch - reden wir darüber -, ein Tablet, oder allgemein Dinge, die wir gerade in der jungen Generation mittlerweile in unser technisches Leben integriert haben, die wir als Chance für uns und unsere Generation sehen, als solche auch wahrnehmen und vermitteln wollen. Ich denke, das Generationenforum, das wir heute bestreiten, ist im Wesentlichen auch dafür da, darüber miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ich habe in der Beratung in unserer Arbeitsgruppe etwas salopp gesagt: Wir Jungen sind die Alten von Morgen. Ich würde mich sicherlich freuen, die jetzt junge Generation in 60 Jahren hier an einer anderen Stelle wiederzusehen. Für den Fall, dass es uns alle dann noch gibt, müssen wir uns aber erst einmal mit eben dieser Zukunft befassen.

In allererster Linie sind wir in den jetzigen Möglichkeiten in gewissen finanziellen Mitteln beschränkt. Die begrenzte Ausstattung mit finanziellen Mitteln für technische Ausrüstung und Mobilitätsfragen, die es sowohl auf der Landesebene als auch in den Kommunen gibt, können wir nicht einfach wegwischen. Wir müssen uns für sie engagieren, müssen sie sinnvoll planen, sodass wir ein befriedigendes Ergebnis für uns alle erzielen können. Dabei dürfen wir den Mut zur Digitalisierung und zur Nutzung von neuen Medien nicht verlieren.

Wir haben das in unserer Arbeitsgruppe insofern besprochen, als wir da eine gewisse Kooperation beschreiten müssen. Diese Kooperation ist aber auf freiwilliger Basis zu erreichen. Wir alle sind vollwertige Mitglieder der Gesellschaft; als solche kann uns niemand bevormunden. Das gilt für jede Generation, auch für die, die das Recht in Anspruch nehmen, jetzt hier etwas über Technik lernen zu wollen.

Neben den technischen und den finanziellen Voraussetzungen benötigt man in der Gegenwart auch rechtliche Voraussetzungen für die Nutzung digitaler Informationen zu Mobilität. Wir haben die Konsequenzen am Beispiel des Carsharings erörtert. Dabei werden Autos gegen Miete von privaten Personen, zum Teil auch Fahrgemeinschaften gebildet werden und diese Fahrgemeinschaften auch weitere Personen mitnehmen, ohne dass das durch eine Versicherung hinreichend abgesichert ist. Hier sehen wir für die Zukunft Handlungsbedarf dahin gehend, dass das versicherungsrechtlich klarer definiert wird.

Was wir auch in Betracht gezogen haben, war die regionalspezifische Anpassung von Mobilität, dass wir hier verschiedene Disparitäten haben. Allein in Sachsen-Anhalt haben wir verschiedene Möglichkeiten, haben verschiedene Landkreise unterschiedliche Möglichkeiten, mit ihrer Mobilität und mit Mobilitätsfragen umzugehen.

Der Schülerverkehr wurde vorhin angesprochen; der ist ganz wichtig. Wir sehen das Potenzial, das mit einem seniorengerechten Verkehrsaufkommen bzw. mit einem Mobilitätskonzept zu verbinden.

Wir Jungen sehen die Digitalisierung bei der Mobilität deutlich als Bereicherung, als Chance für unser Leben, mehr vielleicht auch als Risiko. In unserem Thesenpapier haben wir unter anderem die Gefahr von Datenmissbrauch thematisiert und haben zusammengefasst, was wir dabei im Wesentlichen in Betracht gezogen haben.

Digitale Unterrichtseinheiten an Schulen bilden Kernkompetenzen schon bei jungen Schülern heraus. Junge Menschen, die älteren Menschen etwas über Technik erklären wollen, müssen das Ganze erst einmal vermittelt bekommen. Da hilft es nicht, sich allein und selbstständig mit technischen Inhalten auseinanderzusetzen und allein diese technischen Inhalte aus seinem eigenen Wissensstand zu vermitteln. Vielmehr sehen wir da die Notwendigkeit einer gewissen Anpassung in Unterrichtseinheiten.

Die Vernetzung untereinander, also auch generationenübergreifend, ist einer der essenziellen Punkte für uns, der wiederum, wie ich gerade schon ausgeführt habe, nicht mit einer Bevormundung von irgendwelchen Generationen einhergehen darf.

Im Wesentlichen ist es wahrscheinlich die Aufgabe der jungen Generation, Ängste zu nehmen. Viele Menschen, die sich mit Technik auseinandersetzen, wissen in gewisser Weise nicht, wie sie diese bedienen sollen. Dieses Wissens zu vermitteln, diese Ängste zu nehmen, ist einer der Ansätze, bei dem wir die junge Generation in der Pflicht sehen.

Mobilität ist da genauso wichtig wie Fragen der Digitalisierung. Die Mobilität haben wir vorhin zum einen als Gesellschaftsproblem definiert. Zum anderen ist Mobilität auch immer etwas, das im Kopf anfängt. Wozu wir in unserem Arbeitskreis aufrufen würden, ist, dass man mit ein bisschen mehr Mut an die Sache herangeht, aber im gleichen Atemzug gewisse Standards nicht vernachlässigt.

Die Nutzung des Internets. Gerade in Sachsen-Anhalt versuchen verschiedene Parteien, sich dahin gehend zu verständigen, dass wir ein schnelleres Internet, einen besseren Breitbandausbau haben; auch das haben wir in unserer Arbeitsgruppe besprochen. Es ist eine Fortsetzung des Lebens mit anderen Mitteln; so wurde es vorhin von unserem Arbeitsgruppenleiter erklärt. Das Internet setzt also unser reales Leben im Wesentlichen fort.

Die Verantwortung für Daten, im Wesentlichen für persönliche Daten, wollen wir - das war zumindest Konsens - dabei nicht allein dem Staat überlassen. Vielmehr wollen wir die Selbstbestimmtheit des einzelnen Menschen und der Generationen fördern. Verantwortung zum einen für diese Daten, zum anderen auch in Mobilitätsfragen ist dabei ein essenzieller Punkt.

Wir haben beschlossen - da möchte ich an die Ausführungen meiner Vorrednerin anschließen -, dass kein Netzwerk dieser Welt Freundschaften ersetzen kann. Das Internet kann ein Mittel zur Pflege von Freundschaften sein. Es kann ein Mittel sein, das zu unterstützen und zu bewirken. Aber es gilt, sich nicht allein auf diesem Netzwerk auszuruhen.

Ich denke - ich fasse insofern zusammen -, dass wir alle in einer gewissen Weise voneinander lernen wollen und dass dieser Lernprozess anhält. Ich glaube, dazu kann die folgende Gruppe sicherlich einiges ausführen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei unserer Arbeitsgruppe und bei unserer Moderatorin bedanken, die die Diskussion recht professionell geleitet hat. - Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Schönemann. - Dank für beide Vorträge bzw. Auswertungen aus dieser Arbeitsgruppe. - Ich gebe nunmehr die Diskussion frei. Ich bitte die Forumsteilnehmer, die Saalmikrofone zu benutzen, wenn sie das Wort ergreifen, und zu Beginn des Diskussionsbeitrages den Namen zu nennen, damit wir im Protokoll korrekt verzeichnen können, wer welche Frage gestellt und wer was darauf geantwortet hat. Feuer frei, stellen Sie Ihre Fragen zur Diskussion!

(Adrian Pogorzelski und Nico Witteborn melden sich zu Wort)

- Der Erste hat es immer schwer. - Dann nehmen wir erstmal den Zweiten. Bitte schön, Sie, junger Mann. Unmittelbar hinter Ihnen ist ein Saalmikrofon. Wenn Sie eine Frage an eine bestimmte Person haben, sagen Sie bitte auch immer, wen Sie als Beantworter haben möchten. Bitte.

Nico Witteborn:

Meine Frage zu dem Thema ist: Was tun wir, um unsere Daten zu schützen? In unserem Thesenpapier stand: Ein Auto sammelt heute schon ungefähr 25 Gigabyte an Daten. Wir wollen nicht, dass all unsere Daten preisgegeben werden. Was können wir dagegen tun, dass Daten, die von uns gesammelt werden, an Dritte, Firmen etc. pp., einfach weitergegeben werden, die für unser Kaufverhalten wichtig sind?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wer möchte darauf gern antworten?

(Adrian Pogorzelski meldet sich zu Wort)

- Sie möchten darauf antworten. Bitte.

(Monika Hohmann, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

Adrian Pogorzelski:

Mein Standpunkt zu Datensicherheit ist im Endeffekt, dass wir, wenn wir einen bestimmten Dienst nutzen, damit leben müssen, dass wir eine bestimmte Datenmenge und konkrete Daten preisgeben, dass wir uns damit einfach abfinden müssen.

Ich nehme als Beispiel gern Google. Google wird immer als so ein „Datenmonster“ bezeichnet. Auf jeden Fall kann Google meinen Weg zur Arbeit und meine alltäglichen Wege wiedergeben. Davon weiß ich aber erst, wenn ich mich darüber informiert habe. Das kann ich auch in den AGBs bzw. in den Datenschutzerklärungen nachlesen. Allgemeine Geschäftsbedingungen sind so ein Thema. Die liest eigentlich niemand; denn sie sind sehr kompliziert und teilweise sehr umfangreich. Das ist nicht nur bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Internet, sondern auch bei anderen Vertragsbedingungen so.

Bei vielen Daten haben wir die Kontrolle darüber, wie wir sie preisgeben. Wir sind für Firmen - in meinem Beispiel Google - gläsern. Ich denke, wir sind dann aber nur für Google, nicht zwingend auch für andere gläsern, weil diese Daten in speziellen technischen Algorithmen entsprechend weiterverarbeitet werden.

Auch wir sind zum allgemeinen Datenschutz aufgerufen; der Datenschutz fängt ja beim Nutzer an. Da ist auch ganz klar die Politik mit in der Verantwortung, und zwar auf der Landes- und auf der Bundesebene, vielleicht auch auf der internationalen Ebene. Ich denke, so kann das geregelt werden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Auch Frau Hohmann hat sich gemeldet. Frau Hohmann, Sie gehen bitte nach hier vorn. Sie haben das Wort, bitte schön.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren, auch einen wunderschönen guten Tag von mir! Eine Ergänzung zu Ihrem Beitrag. Natürlich ist es immer wichtig, dass Aufklärung schon beginnt, wenn wir in der Schule sind. Es könnten aber viele fragen: Was machen wir, die aus der Schule schon heraus sind?

Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: Es gibt jedes Jahr einen Datenschutzbericht von unserem Beauftragten für den Landesdatenschutz. Darin sind ganz viele Beispiele aus fast allen Politikfeldern aufgelistet. Wenn man sich die nach seinen Bedürfnissen anschaut, erkennt man, welche Gefahren wo gesehen werden. Wenn Sie dann noch Fragen haben: Der Datenschutzbeauftragte des Landes steht für Sie als Ansprechpartner zur Verfügung. Das heißt, wenn ich irgendwo unsicher bin, kann ich den Hörer in die Hand nehmen und dort anrufen. Einfach den Datenschutzbericht des Landesdatenschutzbeauftragten anschauen. Darin sind alle datenschutzrelevanten Fälle aufgeführt, die in unserem Land aufgetreten sind. Erforderlichenfalls den Hörer in die Hand nehmen oder eine E-Mail schreiben. Auch bei der Behörde des Beauftragten für den Datenschutz des Landes bekommt man Unterstützung.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Hohmann. - Gibt es weiteren Redebedarf?

(Tobias Krull, CDU, meldet sich zu Wort)

- Herr Krull, bitte schön.

Tobias Krull (CDU):

Als Erstes: Vielen Dank für die Wortbeiträge und auch für die Diskussion, die bislang schon geführt worden ist.

Dann zwei Hinweise. Erstens. Die Sensibilität, was das eigene Verhalten im Internet angeht, betreffend. Es klang schon an, dass sich jeder, der Dienste nutzen will, dessen bewusst sein muss, dass alle Dienste, die er nutzt, einen gewissen Preis haben. Der Preis ist nicht immer Geld, sondern häufig sind es die eigenen Daten.

Der zweite Punkt ist - das läuft auch auf der EU-Ebene -, dass zukünftig alle Softwareprogramme so gestaltet werden, dass sie mit der maximalen Datensicherheit, mit der höchsten Datenschutzstufe an den Nutzer gehen und der Nutzer erst wieder einzeln freigeben und sagen muss: Ja, ich möchte, dass diese Daten an Dritte gehen. Ich denke, das ist die richtige Einstellung; denn- ich mache das einmal an meiner Person fest - wer nimmt sich tatsächlich die Zeit und liest die AGBs komplett durch, wenn er irgendetwas an Apps oder an Software installiert? Meistens gehen wir doch auf „Ich stimme zu“ und klicken dann auf „Weiter“. Durch diese neue Einstellung gehen wir sicher, dass zumindest der Datenschutz im Grundelement sichergestellt wird.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ist Ihre Frage damit beantwortet?

(Nico Witteborn nickt)

- Okay. - Ich schaue weiter in die Runde. Gibt es weitere Beiträge?

(Maren Sophie Enke meldet sich zu Wort)

- Bitte schön.

Maren Sophie Enke:

Es wurde heute oft gesagt, dass gerade wir Jungen, zunehmend jetzt auch die Älteren in unserer Gesellschaft mit digitalen Medien umgehen. Inwieweit können wir das nutzen, um uns - gerade uns Jungen, die oft dazu neigen, ein bisschen politikverdrossen zu sein - die Politik näherzubringen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Diese Frage richtet sich ganz eindeutig an meine Kolleginnen und Kollegen.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD, meldet sich zu Wort)

- Herr Schmidt.

(Falko Grube, SPD, meldet sich zu Wort)

- Dann Herr Dr. Grube. - Bitte, Herr Schmidt.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Vielen Dank für die Frage. Schon im Bundestagswahlkampf hat sich gezeigt, dass die Parteien den Fokus immer mehr auf die sozialen Medien legen und immer mehr Gelder investieren, um auch dort Werbung für ihre Parteien zu betreiben.

Entscheidend ist dabei eines: Man hat gegenüber den „normalen“ Medien den großen Vorteil, dass man die genauen Forderungen der einzelnen Parteien selbst nachlesen kann. Die Parteien werben dort direkt, sprechen die Zielgruppen unmittelbar an. Man kann bei Facebook bestens einstellen, dass man nur in der Region Sachsen-Anhalt oder Magdeburg oder deutschlandweit werben will. So kann man bestimmte Wählergruppen, die man ansprechen will, gezielt erreichen. Das machen die Parteien schon. Es gibt verschiedene Apps. Es gibt zum Teil Apps von einzelnen Kreisverbänden. Darauf liegt bereits der Fokus. Das ist etwas, das die Politik bereits genutzt hat.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Herr Dr. Grube, bitte schön.

Dr. Falko Grube (SPD):

Was Herr Schmidt gesagt hat, stimmt alles so weit. Ich glaube, es bestand noch nie die Möglichkeit, so direkt mit Politikerinnen und Politikern zu kommunizieren, wie es im Moment der Fall ist.

Ich weiß nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen es erfahren, aber mir kommen nicht täglich mehrere, aber immer mal wieder direkt über Facebook und andere soziale Netzwerke einige Anfragen auf den Tisch, die mich sonst auf dem Postweg in Postmappen wahrscheinlich erst nach zwei Wochen oder so erreicht hätten.

Ich will mit einem, ich sage einmal, gewissen Mythos aufräumen, weil man ganz oft den Eindruck hat, mit den sozialen Medien und mit dieser direkten Erreichbarkeit kann man sofort immer mitbestimmen. Denn die Sachen, über die wir im Parlament zu entscheiden haben, und zwar nicht nur im Landtag, sondern auch im Bundestag und auf anderer Ebene, sind zumeist sehr viel komplexer, als man es mit einem Like oder einem Dislike auf Facebook ausdrücken kann.

Das heißt, zu sagen, okay, ich kann die Leute erreichen, ich kann meine Meinung einbringen, ich erhalte auch ein Feedback von denen, bin also in diesem Diskussionspro-

zess mit drin, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass wir eine Art Like-Dislike-Demokratie kriegen, in der man komplexe Probleme quasi nur auf Ja oder auf Nein reduzieren kann. Die Zeit, die man braucht, um das auszudiskutieren, wird bleiben. Auch die Zeit, die man benötigt, um sich mit den komplexeren Sachverhalten zu beschäftigen, wird bleiben. Es wird einfacher sein und man wird sehr viel mehr Personen beteiligen können.

Meine Partei hat bei der Bundestagswahl nur bedingt gut abgeschnitten. Wir diskutieren jetzt intern, wie man das auch innerparteilich anders machen kann. Denn auch wir haben das Problem, dass wir Mitglieder haben, die in Gegenden wohnen, von denen aus sie eben nicht zu jeder Sitzung nach Magdeburg fahren können, die auch mitmachen wollen. Wie gesagt: Das ist leichter. Aber die Zeit, die man braucht, um politisch zu entscheiden, wird trotzdem bleiben; das wird einem das soziale Medium nicht abnehmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. - Gibt es weitere Fragen?

(Karina Kaiser meldet sich zu Wort)

- Bitte, Sie dürfen das Wort ergreifen.

Karina Kaiser:

Noch aus der Arbeitsgruppe heraus zum Datenschutz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Entschuldigen Sie bitte. Damit wir alles nachvollziehen können, bitte immer Ihren Namen nennen.

Karina Kaiser:

Entschuldigung, Karina Kaiser.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Genau. Und so weiter. Bitte.

Karina Kaiser:

Hier wurde gesagt, beim Datenschutz müsse man schauen. Genau das ist es, was Senioren abschreckt: Wenn ich jeden Tag in die Zeitung und Fernsehen schaue und es

heißt: Konten abgeräumt. Wir wollen ja eigentlich erreichen, dass sich auch die Älteren damit beschäftigen. Aber gerade solche Dinge sind sehr schwierig zu fassen.

Dass jeder für sich selbst verantwortlich ist, haben wir vorhin auch herausgearbeitet. Es wurde auch geäußert, dass gerade in der Politik in der Bundesrepublik wohl zu wenig getan würde und die Wirtschaft eigentlich die Digitalisierung bestimme. Sie, liebe Mitglieder des Landtages, können das vielleicht besser erklären als ich. Man hat auf einer anderen Ebene wahrscheinlich wahrscheinlich andere Möglichkeiten, das sicherer zu machen; da setze ich mal ein Fragezeichen.

Wir haben anlässlich einer Seniorenfahrt den Landtag besucht. Da war ein Thema, ob Landtagssitzungen per Livestream übertragen werden sollen. Wird daran gedacht? Wir haben gerade auf den Bund geschaut. Wird das auch im Land Sachsen-Anhalt gemacht?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wer möchte darauf antworten?

(Prof. Dr. Roland Schöne meldet sich zu Wort)

- Sie möchten darauf antworten?

(Zuruf von Prof. Dr. Roland Schöne)

- Sie wollen einen zusätzlichen Beitrag abgeben; das nehme ich zunächst mit auf.

(Detlef Rölke meldet sich zu Wort)

- Dann kommen Sie dran. Oder ist das genau die gleiche Einlassung?

(Zuruf von Detlef Rölke)

- Nein.

(Prof Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD, meldet sich zu Wort)

- Wer hatte sich soeben hier vorn gemeldet?

(Zuruf von Prof Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD)

- Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen.

(Zuruf von Prof. Dr. Roland Schöne)

- Gehen Sie bitte ans Mikrophon, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen wollen. Bitte an den Namen denken.

Prof. Dr. Roland Schöne:

Ich bin aus der anderen Arbeitsgruppe, die sich mit dem lebenslangen Lernen beschäftigt hat. Es gibt eine Brücke zur Digitalisierung und zum lebenslangen Lernen, was wir mehr hervorheben sollten. Wir haben schon viele Möglichkeiten; wenn wir sie nur nutzen würden.

Wir haben im Rahmen der Demografie-Woche 2017 vieles aus unseren Vorträgen aus dem Seniorenkolleg an der TU Chemnitz auf Sachsen-Anhalt übertragen - Sprecher war der Minister für Demografie in Sachsen-Anhalt - und haben das auf viele weitere Standorte übertragen. Wir wollten das weiterführen. Das Problem ist: In vielen Bereichen des ländlichen Raums bestehen keine Möglichkeiten dazu. Wir haben keinen Internetanschluss in einem geeigneten Raum, dass wir das gestalten können.

Wir könnten sehr viele vorhandene Bildungsangebote per Livestream sowohl für Gruppen als auch für Individuelle, die mobilitätseingeschränkt sind, in die betreffenden Regionen übertragen. Es wäre, auch für ehrenamtliche Tätigkeit, ein ganz wichtiger Akzent, diese Möglichkeiten im ländlichen Raum breiter auszubauen, um sowohl für die Bildung als auch für das Ehrenamt nutzen zu können, was vorhanden ist und uns nichts kosten würde.

(Zustimmung von einem Teilnehmer)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, bitte schön.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Ich bin bildungspolitische Sprecherin der Fraktion der SPD im Landtag. Wir sind uns einig: Wir brauchen erstmal eine funktionierende Infrastruktur. Sie können mir glauben, mir geht es im Landtag auch so. Heute Morgen war auch mein Computer noch im Wochenendmodus und brauchte drei Minuten, bis er ein Dokument ausgedruckt hat. Wir haben da schon viel Geld investiert.

Wir haben viel Geld im Landeshaushalt, das zur Verfügung steht, um gerade die ländlichen Gebiete an das DSL-Netz anzuschließen. Das Anbinden ging in der Vergangenheit nicht so schnell, wie wir uns das vorgestellt haben. Deswegen hat der Wirtschaftsminister - ich habe ihn gerade letzte Woche in meinem Wahlkreis dazu noch einmal gehört - gesagt: Das wird jetzt wirklich mit Vordringlichkeit angegangen, damit das eben auch in den Regionen, in denen das für die privatwirtschaftlichen Unternehmen finanziell, wirtschaftlich nicht interessant ist, dann eben mit Landes- und Bundesgeldern umgesetzt werden kann. Das ist eine Grundlage dafür, dass das alles funktioniert.

Und tatsächlich: Sie können die Landtagssitzungen heute schon per Livestream anschauen, leider nicht im Fernsehen, aber im Internet.

Ich wollte noch etwas zum Thema Datensicherheit sagen, weil das, was Sie mit dem großen Begriff der Datensicherheit meinen, ganz unterschiedliche Facetten hat. Datensicherheit meint natürlich sichere Übertragungswege im Netz. Da ist in den letzten Jahren ganz viel gemacht worden.

Datensicherheit hat auch etwas damit zu tun, was mit meinen Daten passiert und welche Rechte ich habe, wenn mit meinen Daten nicht so umgegangen wird, wie es vorgeschrieben ist. Auch da hat der Bundesgesetzgeber in den letzten Jahren viele Verbraucherrechte gestärkt.

Aber Sie haben völlig recht, man muss es wissen, muss im Einzelfall auch wissen, welche Rechte man hat und wie man diese durchsetzen kann. Da sind wir in der Tat, gerade wenn es um die Frage geht, dass bestimmte Daten, beispielsweise auf Facebook oder in anderen sozialen Medien, gelöscht werden, noch nicht so weit. Die haben das versprochen und haben sich dazu verpflichtet, aber es wird nicht so schnell umgesetzt, wie Sie sich das vorstellen. Deshalb ist das ein Thema, bei dem die Zivilgesellschaft weiter, ich sage einmal, „am Ball bleiben“ und fordern muss, dass die Rechte, die in der realen Welt gelten, eben genauso in der digitalen Welt gelten.

Deshalb - um auf den Beitrag von vorhin zurückzukommen -: Ich bin schon der Meinung, auch wenn ich mich irgendwo in einem sozialen Medium, bei Google oder bei Facebook, anmelde, habe ich trotzdem Rechte. Ich gebe mich doch nicht preis. Und wenn Facebook bestimmte Informationen über mich verbreitet, die nicht der Wahrheit entsprechen, dann kann ich auch sagen, ich möchte, dass das gelöscht wird. Ich glaube, dieses Selbstbewusstsein und eben auch die rechtliche Sicherheit, die dahinter steht; daran müssen wir in Zukunft weiter arbeiten, damit Sie sich eben auch im Netz sicher fühlen.

Es gibt einen dritten Aspekt. Es sind auch im Netz wie in der realen Welt Diebe und andere Kriminelle unterwegs. Deshalb ist es wichtig, dass Sie die Information schnell erreicht, wenn ein scheinbar harmloses Gewinnspiel, an das ein Virus angehängt ist, im Internet unterwegs ist oder wenn tatsächlich Daten widerrechtlich abgezogen werden. Man könnte auch über soziale Netzwerke organisieren, dass die Informationen, die man darüber braucht, schnell bei jedem sind, sodass jeder schnell reagieren kann.

Ansonsten gilt immer: Vorsichtig und immer ein wenig skeptisch bei bestimmten Informationen sein. Auch wenn etwas auf den ersten Blick attraktiv aussieht, genau prüfen, erforderlichenfalls im Netz recherchieren, ob es dazu schon Einträge gibt. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. - Jetzt habe ich Sie, Herr Rölke, auf der Rednerliste.

(Alexander Dobert meldet sich zu Wort)

- Es gibt dort hinten eine weitere Wortmeldung. - Herr Rölke.

Detlef Rölke:

Ich habe zu allen Fragen zum Thema digitale Sicherheit und zu der Antwort, die Sie, Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, gerade gegeben haben, man müsse das einfordern, zu sagen: Klar muss man das einfordern. Rechtlich bin ich aber nicht in der Lage, genau das zu tun, damit Google, Facebook und andere genau das umsetzen, was ich will, weil der Rechtsstand noch nicht da ist, wo er hingehört. Wenn ich einen europäischen Rechtsstand haben möchte, dann muss Europa das auch einfordern.

Wenn ich Facebook mitteile, sie mögen persönliche Daten löschen, heißt das noch lange nicht, dass Facebook das tatsächlich macht; das ist die Frage. Da ist die Politik gefordert. Sie als Landtagsabgeordnete müssen darauf dringen, dass der Bund auf europäischer Ebene die Rechte, die der Bund haben möchte und die wir als Bürger brauchen, wirklich durchsetzt.

Zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Ja, die öffentlichen Diskussionen werden bei den Parteien oder in öffentlichen Medien geführt. Manchmal habe ich den Eindruck, das sind stellenweise Stammtischdiskussionen, aus denen, ich sage einmal, nichts Konkretes herauskommt, weil jeder meckert, jeder eiert da vor sich hin.

Sie haben es schon angesprochen: Man ist nicht an der politischen Meinungsfindung beteiligt. Wenn Landtagssitzungen schon per Livestream übertragen werden, wäre es dann nicht interessant, das auch für andere parlamentarische Arbeitsgruppen vorzusehen? Was in Bezug auf die Sicherheit bedenklich ist, sollte man davon ausnehmen. Warum soll das bei ganz normalen Themen im Bereich Soziales oder Bildung und bei all dem, was die Öffentlichkeit interessiert, nicht möglich sein? Warum kann man das nicht auf diese Gruppen übertragen, sodass der Bürger und der Wähler sehen können, was sein Abgeordneter und die Parteien bei einem Thema, das ihn persönlich interessiert, unternehmen?

Die Diskussionen, die bei Facebook und sonst wo geführt werden - ob das nun in den Kreisen vonstattengeht, sogar in den Städten passiert -, beinhalten manchmal reine Stammtischparolen. Jeder meckert da vor sich hin; das war's. Eine konkrete Antwort kommt dabei nicht heraus, außer dem Meckern; es kommt kein Hinweis. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Das war keine konkrete Fragestellung, sondern eine Feststellung.

(Detlef Rölke und Nico Witteborn melden sich zu Wort)

- Ich habe jetzt drei Wortmeldungen, einmal von dem jungen Mann dort hinten. Dann sind Sie, Herr Rölke, an der Reihe und danach kommen Sie, Herr Witteborn, dran.

(Alexander Dobert meldet sich zu Wort)

- Ja, gehen Sie bitte zum Mikrofon. - Jetzt möchte er nicht mehr.

(Zuruf von Alexander Dobert)

- Ja, Sie sind dran.

(Alexander Dobert: Meine Frage betrifft aber etwas anderes als das, worum es gerade geht!)

- Es gibt bei den Fragestellungen keine Reihenfolge. Bitte.

Alexander Dobert:

Ich komme zufällig von der Schule, die Frau Kaiser vorhin angesprochen hat. Ich bin Mitglied des Schülerrates an der Schule. Meine Frage bezieht sich darauf, wie die Digitalisierung an Schulen im Rahmen des Ausbaus der Netzinfrastruktur, des Breitbandnetzausbaus, weiter vorangebracht werden kann.

An meiner Schule ist es beispielsweise so: Dort fehlen 100 m Glasfaserkabel. Diese 100 m Glasfaserkabel kosten 30 000 Euro. Der Landkreis wehrt sich, man muss wirklich sagen, vehement dagegen, diese 30 000 Euro auszugeben.

Die Schulleitung bzw. unser Förderverein ist jetzt dabei, die Finanzierung selbst auf die Beine zu stellen, weil wir langsam, man muss sagen, „die Schnauze voll haben“. Man muss es wirklich so sagen - verzeihen Sie mir bitte den Ausdruck, Frau Präsidentin -; denn wir wissen nicht mehr, wie wir an der Schule weiterhin vernünftig arbeiten können.

Wir haben vier Tablet-Klassen an der Schule. Darin arbeiten 24 Schüler mit einem kleinen Laptop, auf dem sie ihre Lehrbücher haben bzw. mit dem sie digitale Unterrichtsassistenten nutzen können. Sie können diese Geräte nicht mehr nutzen und müssen deshalb wieder auf analoge Schulbücher sowie auf Stift und Papier zurückgreifen. Die 800 Euro, die die Eltern für die Technik ausgegeben haben, sind futsch. Man weiß nicht, wie man weiter damit arbeiten soll, was man damit jetzt überhaupt noch anfangen soll.

Aus genannten Gründen interessiert mich genauer, was die Herren und Damen Abgeordneten konkret denken, wie man den Breitbandnetzausbau in Sachsen-Anhalt insbesondere an den Schulen fortführen kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wer möchte sich dieser Frage stellen? Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen hat schon einige Dinge dargelegt, auch wie die Förderungen derzeit aussehen. Vielleicht möchte das jemand konkreter machen. Ansonsten schlage ich vor, dass Ihre Anfrage mit aufgegriffen wird und wir uns mit Ihrer Schule in Verbindung setzen.

(Monika Hohmann, DIE LINKE, und Jan Wenzel Schmidt, AfD, melden sich zu Wort)

- Ich sehe zwei Wortmeldungen von Frau Hohmann und von Herrn Schmidt. - Zuerst Frau Hohmann. Bitte schön.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Das Problem, das Sie angesprochen haben, ist ärgerlich, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen Jahren. Ich weiß, wir haben auch in den letzten Jahren ganz viele Förderprogramme gehabt, angefangen mit den STARK-Programmen, durch die Schulen mit Internet, Whiteboards und weiß ich was allem ausgestattet worden sind, ein Internetzugang ist aber nach wie vor nicht an jeder Schule vorhanden.

Insofern gab es als eine der letzten Amtshandlungen der alten Bundesregierung, die jetzt nicht mehr besteht, eine finanzielle Förderung. Sie hatte noch mal Geld bereitgestellt aus dem, ich sage einmal, Überschuss, den der Bund erwirtschaftet hat. Von diesen Mitteln sollten eigentlich die Länder profitieren; damit sollten die Länder mit Breitband ausgestattet, direkt Schulprogramme begünstigt werden. Da gab es ein paar Holverer; ich denke, das ist jetzt aber auf einem guten Weg.

Es ist so, wie Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen es soeben gesagt hat, dass auch der Wirtschaftsminister erkannt hat, dass wir hierbei schneller vorwärtsgehen müssen, nicht nur im Sinne der Wirtschaft, sondern auch im Sinne der Bildung. Das steht auf alle Fälle auch bei uns auf dem Plan. Wir haben darüber bereits im Bildungsausschuss gesprochen. Das ist eine der aktuellsten Aufgaben, die wir zu bewältigen haben.

Zu den 30 000 Euro. Wir müssen gucken, inwieweit man mit dem Landkreis noch einmal darüber reden kann, ob er die Mittel zur Verfügung stellen kann. Es ist zwar schön, wenn man einen Förderverein hat, aber nicht alle Fördervereine sind für alle Dinge zuständig, die, ich sage einmal, Politik oder Verwaltung leisten muss. Insofern müssten wir schauen. Aber das ist wirklich eine ganz wichtige Aufgabe.

Eine weitere Frage an Sie ist: Sie sprachen davon, dass Eltern 800 Euro für Technik für ihre Schulkinder ausgegeben haben. Mich würde interessieren: Wofür waren diese 800 Euro genau? Das scheint mir ganz schön viel zu sein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich kann mir nur vorstellen, dass es um die Ausgabe für ein Tablet ging, das -

(Alexander Dobert: Darf ich dazu etwas sagen?)

- Ja, Sie dürfen sprechen, bitte schön.

Alexander Dobert:

Sie liegen richtig, Frau Präsidentin, es geht um ein kleines Tablet bzw. einen kleinen Laptop. Darauf ist „Microsoft Office“ installiert, das war's. Der Computer hat eine Touchfunktion, hat - man muss es ganz ehrlich sagen - nicht die beste technische Ausstattung, aber sie ist für Schulzwecke ausreichend.

Sie haben außerdem gesagt, dass Schulen mit Breitband ausgestattet werden sollen. Ich habe - es müsste erst vor zwei Wochen gewesen sein - mit meiner Schulleitung ein

Gespräch darüber geführt. Darin wurde mir gesagt, das Land sehe unter Breitband Leitungen mit einer Leistung von 16 000 KBit/s vor. Das ist keine Leistung, die Schulen vertragen können. Wir haben momentan drei solcher 16 000er-Leitungen an unserer Schule; das bringt uns nichts. Wir brauchen eine Glasfaserkabelleitung mit einer Leistung von 50 MBit/s, und zwar eine symmetrische, bei der die Datenmenge bei Upload und bei Download, die über das Netz in die Schule hineingeht bzw. daraus hinausgeht, genau gleich ist. Daran scheitert es eben.

Zu den 30 000 Euro. Es ist uns nicht verständlich, wie es sein kann, dass wir wegen so einer, wenn man es recht betrachtet, kleinen Summe auf der Strecke bleiben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

(Zuruf von Roman Schönemann)

- In dieser Veranstaltung gibt es keinen Geschäftsordnungsantrag.

(Heiterkeit)

Deswegen würde ich das Thema jetzt gern abarbeiten wollen. Wir haben den Hinweis aufgenommen. Ich denke, die Abgeordneten werden das selbst auch registriert haben.

(Detlef Rölke meldet sich zu Wort)

- Sie wollten jetzt auch eine Ergänzung zu diesem Thema machen. Dann können die anderen beiden zur dritten Fragestellung ausführen.

(Nico Witteborn meldet sich zu Wort)

- Dann hören wir zuerst Herrn Rölke und anschließend Sie, Herrn Witteborn, wenn sich Ihre Einlassung auf dieses Thema bezieht.

Detlef Rölke:

Frau Präsidentin! Im Endeffekt ist es doch so: Die angesprochene Schule ist doch kein Einzelbeispiel. Das ist im ganzen Land so, weil Glasfaserkabel von vornherein nur bis zum Verteilerpunkt ausgebaut werden.

Warum geht man nicht von der politischen Seite heran und sagt: Okay, alle öffentlichen Einrichtungen einschließlich Schulen, Bildungseinrichtungen oder öffentliche Einrichtungen wie Rathäuser, sonst was, alles, was öffentliche Belange betrifft, sollte von vornherein mit Glasfaserkabel und nicht mit Kupferkabel ausgestattet werden?

Was dann jeder Privatmann macht, wenn er das Geld nimmt, ist eine andere Geschichte. Wenn er es unbedingt will, soll er es in die Hand nehmen. Aber auch die Wirtschaft braucht es. Das braucht nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die Wirtschaft,

jeder eigentlich, der mit Daten arbeitet. Darum sollte es die Forderung geben, dass das wirklich für alle umgesetzt wird. Und zu der Frage, was das Land dann umsetzen kann: Das hängt davon ab, wie viel das Land finanzieren kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das ist nicht nur eine Frage, das ist die Hauptfrage. Es gibt übrigens die kommunale Selbstverwaltung. Auch die Kommunen müssen sich in dem Rahmen beteiligen. Da fängt es dann oft schon damit an, dass sie die Mittel nicht haben. Deswegen müssen wir über diese Dinge beraten. Das haben wir in den Beratungen schon im Fokus, ist uns schon sehr bewusst.

(Roman Schönemann und Tobias Born melden sich zu Wort)

Herr Witteborn hat jetzt konkret zu dieser Problematik das Wort. Danach werde ich Herrn Schönemann und Herrn Born als Fragesteller zulassen.

Nico Witteborn:

Ich kann aus meinem Erfahrungsschatz etwas dazu beitragen, und zwar: Selbst wenn die Schulen mit Breitband ausgestattet wären, wären nicht alle Probleme in dem Zusammenhang gelöst. Es fehlt oftmals an Personal, das den Lehrern beibringt, wie man damit umgeht. Ich komme von einer Schule, in der wir zwei Whiteboards hatten, von denen eines nie richtig funktioniert hat, weil die Lehrer einfach nicht wussten, wie sie damit umgehen sollen.

Jetzt bin ich auf einer Schule, die mit Digitalem sehr weit fortgeschritten ist. Wir schreiben beispielsweise nicht mehr mit einem Stift auf Papier, sondern auf dem Laptop im Unterricht mit und es wird sehr viel mit Beamer, Technik und allem möglichen Schnickschnack gearbeitet. Da ist die Frage: Inwiefern fördert es das Lernen in der Schule? Wenn ich die ganze Zeit auf ein Laptop starre, habe ich solche Augen und muss, wenn ich nach Hause gekommen bin, erst einmal schlafen und habe dann nicht mehr die Zeit, noch irgendwie zusätzlich zu lernen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, das ist noch ein ganz anderer Aspekt.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, zu Beginn eines jeden Redebeitrages den Namen zu nennen. Es ist sonst für die Stenografin hier vorn, die wirklich harte Arbeit leisten muss, sehr schwierig. Wir haben im Plenum sonst immer eine Namensliste vorliegen, auf die man schauen kann. Hier ist dies nicht der Fall. Deshalb bitte immer den Namen sagen.

(Nico Witteborn: Nico Witteborn!)

- Witteborn. - Und wie war Ihr Name?

(Detlef Rölke: Rölke!)

- Frau Zimmer, haben Sie das verstanden? - Okay. - Bitte immer an den Namen denken; es ist sonst ein schwieriges Arbeiten. - Jetzt hören wir die nächsten beiden Fragesteller. Herr Schönemann, Sie sind als Erster dran, und dann kommen Sie, Herr Born, an die Reihe. Bitte, Herr Schönemann.

Roman Schönemann:

Roman Schönemann. Ich entschuldige mich für den Antrag zur Geschäftsordnung. Ich hätte es aber begrüßt, wenn wir ein bisschen mehr themenbezogen und nicht sonderfallspezifisch diskutiert hätten. Es mag sein, dass es im Land ganz viele Schulen und Einrichtungen gibt, die Probleme haben, es nützt uns im Einzelfall aber nichts, wenn wir das Problem nicht irgendwie mit einer gewissen Umfassendheit betrachten.

Als letzte Anmerkung zu dem Thema von meiner Seite: O Gott, was hat unsere Generation von Vätern denn ohne Laptops gemacht? Natürlich gibt es noch ein Arbeiten mit Stift und Papier an Schulen. Das wird es weiterhin geben; das ist essenzielles Schulleben. Jeder muss Lesen und Schreiben lernen ganz normal mit Füller, Kuli, Bleistift, was auch immer. Aber es muss, bevor wir uns über Digitalisierung unterhalten, erstmal so weit kommen, dass wir uns in dem Rahmen zumindest auch rechtssicher bewegen können; ich denke, das ist selbstverständlich.

Jetzt die Frage: Wir hatten gerade schon die politische Willensbildung einbezogen. Wie kann es uns gelingen, politische Willensbildung mit Digitalem besser zu verknüpfen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Möchte jemand von meinen Kolleginnen und Kollegen darauf antworten?

(Tobias Krull, CDU, meldet sich zu Wort)

- Herr Krull, versuchen Sie sich bitte.

Tobias Krull (CDU):

Als Erstes: Sie sollten sich einmal anschauen, wie Ihre Abgeordnete oder Ihr Abgeordneter kurz vor Wahlkämpfen und wie er oder sie in der Zeit zwischen Wahlkämpfen, also während der kompletten Wahlperiode, online aktiv ist. Ich glaube, das ist ein ganz gutes Zeichen dafür, ob jemand, der in der Politik tätig ist, das Medium Internet wirklich ernst nimmt oder nicht.

Das Zweite ist: Nutzen Sie die Möglichkeiten. Und wenn Ihr Abgeordneter oder Ihre Abgeordnete auf Anfragen, die digital reinkommen, nicht antwortet, zeigt das auch wieder, wie Qualität da eine Rolle oder keine Rolle spielt. Letztendlich ist es Aufgabe der Politik, die verschiedenen Einflüsse, die auftreten, sowohl was Online-Kommu-

nikation angeht, als auch was ganz klassische Bürgerversammlungen vor Ort betrifft, aufzunehmen und dann Entscheidungen zu treffen. Nur weil eine Meinung online gezeigt wird, ist es nicht automatisch die richtige Meinung. Es ist auch die Aufgabe der Politik, abzuwägen. Bringen Sie Argumente ein. Zeigen Sie uns, was Ihre Auffassung dazu ist. Dann muss Politik in Abwägung auch entscheiden. Das ist halt die Aufgabe, die uns manchmal leichter, manchmal schwerer fällt. Aber es ist, wie gesagt, unsere Aufgabe, die Argumente gegeneinander abzuwägen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wir haben jetzt den jungen Mann dort hinten.

(Zuruf von Tobias Born)

- Sie müssen sich erst noch sammeln, okay.

Tobias Born:

Mein Name ist Tobias Born. Ich komme aus Halle. Ich habe zwei große Fragen, weil wir diskutieren hier sehr viel Kleinklein. Eine wichtige Frage will ich einfach stellen. Das mobile und das verkabelte Internet sind mittlerweile fast gleichrangig mit einer funktionierenden Wasserversorgung in einer Gemeinde. Inwieweit wäre es sinnvoll oder müsste man eigentlich darüber nachdenken, dass sozusagen die Telekommunikation zumindest auf einem Basislevel, zum Beispiel die angestrebten 50 MBit/s, die angeblich bis zum Jahr 2018 hier überall gewährleistet sein sollen, rein staatlich zu organisieren in einer, was weiß ich, gemeinnützigen GmbH oder welche Möglichkeiten es dort auch immer gibt?

Man kann ja ganz offen von einem „Marktversagen“ sprechen. Man kann es den Mobilfunkanbietern und auch den Telekommunikationsanbietern nicht wirklich vorwerfen. Es sind gewinnorientierte und nicht gemeinwohlorientierte Unternehmen. Die investieren natürlich nur dort, wo viele Menschen wohnen. Da ich da ein bisschen bescheid weiß, kann ich sagen, dass - um einen Flächenvergleich hinzukriegen - allein in Berlin die dreifache Menge an Basisstationen wie in ganz Brandenburg steht. Von daher: Wäre es nicht sinnvoll, das als öffentliche Daseinsfürsorge vorzusehen, das Ganze staatlich aufzuziehen und vielleicht den Telekommunikationsanbietern über Nutzungspauschalen die Möglichkeit zu geben, sich auf dieses Netz aufzuschalten; damit würde man diesen ökonomischen Wettbewerb zumindest entzerren.

Die zweite Frage, weil wir hier auch über digitale Bildungsmittel reden: Ich möchte zu dem ersten Paragraphen des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt Ausführungen machen. Darin steht, wir sollen unsere Kinder und Jugendlichen - ich kann es kurz zitieren - „zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung“ erziehen. Die Frage ist: Wo sieht man das und hat ein digitales Medium überhaupt irgendwas damit zu tun oder ist es eine reine Technik?

Man sollte eher einmal über die Grundkonstitution von Schule reden, darüber, wie die demokratischen Institutionen dort aufgebaut sind, als sich in solch einem Kleinklein wie, ob da nun eine 100 Mbit-Leitung oder eine Gigabit-Leitung steht, zu verlieren; denn das sind die wichtigen Themen, die wir beackern müssen, die nicht bearbeitet werden.

Zusammenfassend: Verstaatlichung des Telekommunikationsangebotes und Grundausrichtung oder Neuausrichtung der Schule. Ich finde, über diese beiden Themen sollte man einmal diskutieren. - Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Hinweis geben. Die erste Fragestellung passt in das Thema hinein. Die zweite Fragestellung passt nicht mehr; das ist ein ganz anderes Thema. Wir beraten gerade zum Themenschwerpunkt „Mit einem Klick durchs Leben?“. Ich denke, Ihre Einlassung, Herr Born, müsste auf einer anderen Ebene auf jeden Fall mit aufgegriffen werden. Ich könnte mir vorstellen, das als Diskussionspunkt für das nächste Generationenforum vorzuschlagen; denn das ist ein Punkt, über den man absolut diskutieren sollte. Sie, Herr Born, mögen sich deswegen zu gegebener Zeit bei mir melden.

Ich frage in die Runde, wer zu diesem Thema ganz dringend noch eine Frage stellen oder eine Anregung mitgeben möchte. Wir müssen die Diskussion straffen, damit wir zu dem anderen Thema noch genügend diskutieren können.

(Karina Kaiser meldet sich zu Wort)

- Bitte schön.

Karina Kaiser:

Wenn man sich die Diskussion auch in der Arbeitsgruppe vor Augen führt, stellt man fest: Wir kommen am Ende immer wieder ins Kleinklein. Uns wurde diese Aufgabenstellung gegeben. Ich hatte gesagt: Das ist eine Aufgabe, die vielleicht zukünftig zu lösen ist. Nur: Wie kommen wir da hin? Das ist eigentlich das Thema. Da fangen wir eben im Kleinklein an.

Wenn ich etwas erreichen möchte, muss ich erst einmal den Istzustand analysieren. Ich schlage vor, weil das ein sehr wichtiges Thema ist, dass man erst einmal guckt, wo wir in Sachsen-Anhalt stehen. Die Politiker werden es sicherlich wissen. Wir wussten es nicht. Wir können nur Einzelbeispiele nennen und können uns dann vielleicht vorstellen, wie es in ganz Sachsen-Anhalt möglicherweise aussieht: da besser, da schlechter.

Da möchte ich ergänzen - wir waren ja beim Handy usw. -: Mobilität sollten wir nicht vergessen, weil da nämlich im Ergebnis das Gleiche stattfindet, dass nämlich der Verkehr da, wo er sich rechnet, fährt und da, wo er sich nicht rechnet, eben nicht angeboten wird. Das ist mit dem Anschluss analog. Letztendlich ist es so: Da, wo Geld ver-

dient wird, da funktioniert es, und da, wo kein Geld verdient wird, da funktioniert es nicht.

Ich würde mal so als Aufgabe für uns - wie auch immer das vonstattengehen soll; ich weiß nicht, welche Macht Sie da haben - die Frage zur Diskussion stellen: Wo stehen wir, um das zu erreichen? - Das ist meine Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Kaiser. - Ich sehe, dass sich zwei Abgeordnete dazu melden. - Ob es zu Ihrer Frage, Frau Kaiser, ist, weiß ich nicht. - Herr Dr. Grube, dann Frau Hohmann. Ich frage in die Runde: Wer hat noch eine ganz brennende Frage oder einen Hinweis?

(Dr. Falko Grube, SPD, meldet sich zu Wort)

- Sie noch. - Dann werde ich bei diesem Thema einen Cut machen, damit wir zu dem anderen Thema kommen können. - Herr Dr. Grube, bitte schön.

Dr. Falko Grube (SPD):

Zur Frage der Digitalisierung. Was die digitale Infrastruktur betrifft, sind wir leider in einem Zustand, dass wir eine hohe Prozentzahl der Bevölkerung erreichen. Um jeden zu erreichen, sind wir tatsächlich im Klein-Klein.

Mein Professor an der Universität hat immer gesagt: Wenn du 90 % einer Note haben willst, musst du 50 % Leistung investieren. Für die restlichen 10 % der Note musst du die anderen 50 % Leistung hineinstecken. Ungefähr das ist es auch bei der Digitalisierung. Da, wo es sich für Firmen gerechnet hat - das ist in der Tat so -, haben die das von sich aus gemacht. Der Rest ist quasi schon verstaatlicht.

All die staatlichen Förderprogramme, ob von der Landesebene oder von der Bundesebene, sind im Prinzip Ausdruck dessen, dass der Staat an erster Stelle Geld in die Hand nimmt.

Ob wir diesen Prozess schneller haben würden, wenn wir jetzt sagen würden, wir würden verstaatlichen - - Über den Weg reden wir gar nicht. Entweder wird es ganz teuer, wir kaufen das alles auf oder wir enteignen; das wäre eine spannende Frage. Also, ich glaube nicht, dass das weiterführt. Was weiterführt, ist, dass diejenigen an den Ebenen, wo zu entscheiden ist, tatsächlich auch richtig entscheiden.

Kommunale Selbstverwaltung - die Präsidentin hat es angesprochen - heißt natürlich auch, dass die Leute vor Ort mitspielen müssen. Bei dem Fall der Schule, an der 30 000 Euro für ein Glasfaserkabel fehlen - das ist tatsächlich sehr speziell -, weiß ich nicht, ob das die Kofinanzierung, das Gesamtprojekt, was auch immer ist, das da hängt. Am Ende muss das Bewusstsein dafür, dass digitale Infrastruktur für alle wichtig ist, bei allen reifen.

Letzte Frage: ÖPNV. Nein, Sie irren. Wenn Sie sagen, dass dort gefahren wird, wo man Geld verdient und wo es sich rechnet, wenn der Satz stimmen würde, hätten wir in Sachsen-Anhalt keinen Kilometer ÖPNV. Jeder Kilometer ÖPNV, den Sie haben, und zwar Schienenpersonennahverkehr als auch ÖPNV mit Bus und Bahn, ist immer subventioniert.

Würden wir das kostendeckend machen, hätten wir völlig andere Ticket- und Fahrpreise. Das heißt, die spannende Frage ist auch für die öffentliche Hand: Wie viel Steuergelder gebe ich in das System hinein und für wie viele Menschen lohnt es sich? Das sind tatsächlich spannende Fragen: Muss ich dann immer eine Buslinie haben? Geht nicht auch eine dezentrale Lösung? Geht nicht auch so etwas wie Rufbus, Ruftaxi usw.? Ich finde, das ist eine Frage, die man vor Ort tatsächlich beantworten muss, wie man mit den Möglichkeiten, mit den vorhandenen Mitteln den besten Output erzielt und möglichst viele Personen erreicht.

Dazu, dass man generell sagt, wir haben 500 Orte angebunden und die Grenze liegt bei Orten mit 500 Einwohnern, muss ich sagen: Das ist noch nicht so klein. Dass jedoch nicht jedes Gehöft angefahren wird, dafür habe ich Verständnis, das finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen viel. Aber das ist tatsächlich die Fragestellung, weil bei all dem, was man vom Staat fordert, sind Sie alle - ich mache jetzt noch ein ganz großes Thema auf - Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - die einen werden es nicht mehr ganz so lange sein, die anderen erleben das noch eine ganze Weile - und was der Staat auf der einen Seite ausgibt, das muss er sich - das passiert über Steuern - auf der anderen Seite wiederholen. Das muss man bei all den Sachen immer berücksichtigen. Wir einigen uns sicherlich, dass das sinnvoll und richtig ist. Wer aber a) sagt, muss auch b) sagen. Man kann dann nicht die wählen, die sagen, wir machen das alles, senken aber die Steuern; das funktioniert nicht.

(Wieland Böhme meldet sich zu Wort)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. - Frau Hohmann, bitte.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich habe zwei Ergänzungen zu machen. Zum Ersten. Zu Beginn der Diskussion hatten wir gehört: Es ist eine zunehmende Altersarmut zu erwarten. Darauf muss man schauen, wenn man sich ein Handy anschafft und dafür einen Vertrag abschließen muss. Deshalb müssten wir im Sinne der Daseinsfürsorge für alle Menschen - so ist jedenfalls unsere Philosophie - auch beim Breitbandnetzausbau jedem Bürger und jeder Bürgerin ein gewisses Zeitkontingent frei zur Verfügung stellen, mit dem man dann praktisch im Internet unterwegs sein kann. Alles, was darüber hinausgeht, ist dann zu bezahlen.

Fast alle Ausschüsse des Landtages sind schon in Estland gewesen. Estland ist uns, gerade was den Breitbandnetzausbau und die Digitalisierung betrifft, meilenweit voraus. Wenn wir uns nur ein Stückchen davon abgucken könnten, würden wir hier eine ganze Menge erreichen. Aber so ist unsere Philosophie: Wenn wir wirklich alle Men-

schen, auch die älteren, einbeziehen wollen, wenn wir das soziale Geflecht berücksichtigen, muss so ein Zeitkontingent kommen.

Die zweite Geschichte: ÖPNV. Natürlich ist das schwierig. Ich weiß, in den verschiedenen Landkreisen werden unterschiedliche Modelle, ich sage einmal, erprobt. Zum Beispiel im Landkreis Harz haben wir für Schülerinnen und Schüler ein Harzer Schülerticket entwickelt, mit dem Schülerinnen und Schüler nach 14 Uhr, an den Wochenenden und in den Ferien für 12 Euro im Monat durch den ganzen Harzkreis fahren können. Das heißt, auch hier hat sich das Verkehrsunternehmen auf die Situation vor Ort eingestellt, stellt ein Mehr an Angeboten, an Busfahrten zur Verfügung. Für Schülerinnen und Schüler ist das besonders lohnenswert, weil sie dann das Ferienticket im Sommer nicht zusätzlich kaufen müssen.

Was im Harz gut ist, muss in der Altmark oder anderswo nicht gut sein. Da ist wirklich jeder Kommunalpolitiker vor Ort gefragt, solche Fragen zu klären wie: Was kann man dort machen? Ist ein Ruftaxi oder etwas anderes günstiger? Man muss logischerweise auch mit dem Kommunalvertreter vor Ort Kontakt aufnehmen, um das zu entscheiden. Wenn man da eine Lösung hat, kann man gucken, inwieweit das Land vielleicht noch Rahmen setzen muss, damit es auch funktioniert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Hohmann. - Herr Böhme, Sie hatten um das Wort gebeten.

Wieland Böhme:

Wieland Böhme ist mein Name. Wir haben heute viele Aspekte der Nutzung der digitalen Medien beleuchtet und sind auch zu sehr unterschiedlichen Auffassungen zu den verschiedensten Aspekten gekommen. Aber ein Aspekt ist mir ein bisschen kurz gekommen - da möchte ich anknüpfen an das, was der Abgeordnete vor mir in seinem Redebeitrag dargelegt hat -: das Soziale.

Wir sind uns sicher alle auch heute in der Arbeitsgruppe einig darin gewesen, dass die Nutzung der digitalen Möglichkeiten für die Senioren in einer nicht unerheblichen Breite angewachsen ist. Ich denke, es gibt dazu eine übereinstimmende Auffassung. Wir haben einen Aspekt weniger beleuchtet: die Betrachtung der sozialen Struktur bei der Nutzung solcher digitalen Möglichkeiten. Wir wissen - das haben wir auch noch mal ausführlich besprochen -, dass die Nutzung der digitalen Möglichkeiten sicher für die Zukunft für alle ansteht. Ich denke - um nur ein Beispiel zu nennen - an Telemedizin, an Mobilität usw. Wenn wir die soziale Struktur dabei betrachten, müssen wir uns die Frage stellen: Wer will, wer kann und wer müsste eigentlich diese Medien nutzen? Ich denke, dazu gibt es eine sehr differenzierte Auffassung. Und ich glaube, das ist auch abhängig vom sozialen Status.

Wenn wir heute in der Arbeitsgruppe darüber diskutiert haben, dass nicht alle die Möglichkeit haben, sich ein teures Smartphone, ein Tablet oder ähnliche Dinge anzuschaffen, gerade aber die Menschen, auch die, die, ich sage einmal, in der sozialen Struktur auf der unteren Stufe leben, dann stellen sich mir die Fragen: Werden die Menschen

dann abgehängt? Differenziert sich unsere Gesellschaft noch stärker unter dem Aspekt der Nutzung der sozialen Möglichkeiten und der, ich sage einmal, ganz individuellen Gegebenheiten? - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wer von den Abgeordneten möchte sich dazu äußern? - Das ist niemand.

Ich denke, Herr Böhme, die von Ihnen angesprochene Problematik ist schon eine große Sache, die wir in unsere Diskussionen in vielen Bereichen im Landtag bereits immer wieder einbeziehen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle kein Patentrezept geben, wie es funktionieren wird.

Ich habe in Ihre Arbeitsgruppe kurz hineingeschaut. Ich muss schon sagen - ich glaube, Sie, Herr Böhme, waren es -: Sie haben darin sehr deutlich herausgearbeitet, dass es viele Ältere gibt, die die digitalen Medien noch gar nicht handhaben können. Deshalb ist es schwierig zu sagen, wir müssten jetzt dafür sorgen, dass sich jeder ältere Mensch ein Tablet oder ein Smartphone kaufen kann. Das ist aber vielschichtig. Man müsste erst einmal schauen, wer daran teilhaben möchte und wer noch teilhaben kann. Es ist ja eine Kopfsache, dass man sagt, ich möchte mich in diesem Bereich doch noch fit machen.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: An der einen oder anderen Stelle fällt mir das sogar schwer, obwohl ich tagtäglich damit arbeiten muss. Ich habe Enkelkinder im Alter zwischen einem Jahr und 21 Jahren. Die Generation zwischen diesen Altersgrenzen kommt schon und sagt: Oma, du bist von gestern, musst dich langsam ein bisschen sputen, das musst du wissen.

Es ist wirklich nicht einfach, den tatsächlichen Bedarf an digitalen Medien bei den Senioren zu ermitteln; zu eruieren, welche Senioren das haben wollen und welche das noch handhaben können.

Wenn man fordert, man müsste das alles gerade im sozialen Bereich zur Verfügung stellen, muss man berücksichtigen, dass das vielschichtiger ist. Da muss man schauen: Wer hat Bedarf? Wer will das dann auch nutzen? Das ist bei uns auf jeden Fall ein Thema. Aber es ist nicht ganz einfach.

Ich möchte nur zu dem Beitrag von Herrn Schönemann noch sagen - er hat gesagt, in 60 Jahren würde er hier gern mit Gleichaltrigen stehen -: Ich kann Ihnen versichern, in 60 Jahren wird sich die Technik noch viel weiter entwickelt haben und wird der technische Fortschritt noch schneller voranschreiten. Dann werden Sie hier vielleicht als Opa stehen und Ihre Enkel werden sagen: Mein Gott, du bist überhaupt nicht auf dem neuesten Stand. Deswegen sollte man ein klein bisschen gründlicher nachdenken. Vielleicht sagt man sich dann: Ich kann irgendwann doch einmal in diese Situation kommen. Ich finde es einfach toll, wenn sich junge Leute einbringen. Es gibt schon viele Bereiche, gerade Alten- und Seniorenheime, mit denen es direkte Kooperationen auch mit Schulen gibt.

Ich weiß vom Gymnasium in Hadmersleben im Saalekreis, dass Schüler in Seniorenheime gehen und auch in digitalen Fragen behilflich sind. Anders herum gibt es dort viele Senioren, die aus ihren Erfahrungen jungen Leuten etwas mit an die Hand geben. Ich sage immer: Das ist ein Geben und Nehmen; so sollte man gemeinsam den Weg beschreiten. Ich bedanke mich für die Ausführungen zu diesem Thema.

An dieser Stelle möchte ich hinter das Thema „Ein Klick durchs Leben?“ endgültig einen Punkt setzen.

Wir kommen zum nächsten Thema „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“.

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“

Ich weiß nicht, wie Sie sich geeinigt haben, wer zuerst beginnen wird: Herr Prof. Dr. Roland Schöne oder Frau Lilli Stallbaum?

(Prof. Dr. Roland Schöne: Wir machen das im Team!)

- Sie machen das im Team, okay. Dann kommen Sie bitte beide nach vorn.

(Prof. Dr. Roland Schöne: Ich möchte ein Thesenpapier zeigen!)

- Ich sehe das schon.

(Lilli Stallbaum: Wir machen das zusammen und ich fange an!)

- Sehr gut. Dann fangen wir mit Lilli Stallbaum an. Bitte schön.

(Prof. Dr. Roland Schöne zeigt den Anwesenden ein Flipchartpapier)

Lilli Stallbaum, Berichterstatteerin:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete und Senioren! Liebe Studentinnen und Studenten! Liebe Schülerinnen und Schüler! Wir hatten das Thema „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“ und haben heute erfahren, dass man alle fünf Jahre sein Wissen verdoppelt. Man lernt schon von der Geburt an. Es gibt nie ein Ende, erst mit dem Tod.

Es gibt verschiedene Ansätze auch in der Wissenschaft, wie man solche Prozesse erklärt. Es gibt einmal die Lern- und Entwicklungspsychologie, die Alters- und Weisheitsforschung, die Erwachsenenbildung und viele weitere Dinge.

Wir haben verschiedene Thesen aufgestellt, die Sie auch schon lesen konnten. Ich möchte die erste These vorlesen; sie lautet: Lebenslanges Lernen ist eine Haltung, nicht nur ein Prozess. Daraus haben wir ein wunderschönes, ich nenne es, Poster entwickelt. Man kann von Weitem wahrscheinlich nicht alles darauf lesen. Ich glaube, das ist nicht so dramatisch; denn ich werde viele Punkte darauf sogleich vorlesen.

Wir haben festgestellt, dass sich die Haltung zum lebenslangen Lernen schon in der Schule herausprägt, dass man da, ich sage einmal, hineinwächst. Am Gymnasium gibt es aber kaum praktische Lernmethoden, eher an den Sekundarschulen.

Zum Beispiel wird verlangt oder haben ganz viele in unserer Gruppe gesagt, dass der Girls-and-Boys-Day eine sehr gute Möglichkeit ist, sich zu finden, dass es aber viel zu wenige solcher Tage gibt, um sich irgendeiner Perspektive anzunähern.

Des Weiteren wurde gesagt, dass man eigentlich nur für die Noten lernt. Man lernt für die Schule und nicht für sich selbst. Da kam Zustimmung vonseiten der Senioren. Diese haben aber auch geäußert: Das war schon früher so, es hat sich nicht viel geändert.

Aus der Diskussion kam als weiterer Aspekt heraus, dass man vieles, was man in der Schule lernt, für den Beruf gar nicht braucht, dass man deswegen mehr auf das Schulprofil achten und darin spezifischer werden sollte, sodass es mehr nach Interessen ausgerichtet ist.

Wir haben auch für die, die sich weiterbilden und etwas älter sind, gesagt, dass meist einfach nur die Zeit oder die Motivation fehlt. Ganz viele wollen zum Beispiel eine weitere Sprache lernen, haben aber nicht die Möglichkeit dazu, weil sie in einem Vollzeitjob sind, noch dazu Kinder haben, um die sie sich am Abend kümmern müssen und deshalb keine Zeit mehr zur Verfügung haben, um irgendwie noch irgendetwas zu machen.

Es war sehr strittig, ob die Schullaufbahnpflicht wieder eingeführt werden sollte oder nicht. Da sind wir in der Arbeitsgruppe, in der ich war, zu keiner Einigung gekommen, weil wir bis zuletzt verschiedene Positionen hatten.

Wir haben festgestellt, dass die Wandertage an Schulen viel zu kurz kommen. Es hört sich vielleicht merkwürdig an: Man veranstaltet Wandertage, die kaum noch gefördert werden oder für die man gar keine Unterstützung mehr bekommt. Aus einem unterrichtsspezifischen Wandertag kann man aber viel lernen.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass man Menschen zum Lernen aktivieren und motivieren sollte. Natürlich lernt irgendwie jeder im Laufe des Lebens auch so einige Prozesse und viele Dinge; man sollte die Menschen aber immer wieder dazu motivieren.

In Bezug auf die eingangs genannte These haben wir gesagt, dass wir eher zur Haltung als zum Prozess tendieren. Es folgt die zweite These.

Prof. Dr. Roland Schöne, Berichterstatter:

Da Sie alle die Dokumentation bekommen, werden wir die anderen Flipchartpapiere nicht mehr hochhalten. Wir wollten mit den Papieren nur verdeutlichen, dass ein Diskussionsprozess stattgefunden hat. Denn wenn Sie etwas sehen, das wir im Team gestaltet haben, ist das viel anschaulicher. Und es ermutigt, sich mit einzubringen. Jüngere und Ältere haben heute - viele vielleicht zum ersten Mal - in moderierter Form Thesen an einer Pinnwand realisiert.

Zur zweiten These. Da ging es uns um die Frage: Gibt es ausreichend Gelegenheit und einen leichten Zugang zum lebenslangen Lernen? Hier zeigte sich als einer der ersten Schwerpunkte das bereits diskutierte Problem des öffentlichen Personennahverkehrs; denn wenn wir nicht mehr zu den entsprechenden Bildungsveranstaltungen insbesondere im ländlichen Raum, aber auch zum Teil in den Städten kommen können und auch nicht wieder zurück kommen können, ist lebenslanges Lernen einfach nicht möglich. Gleiches gilt für die kulturelle Bildung und für Kulturveranstaltungen, ebenso für das Ehrenamt und für die medizinische Versorgung. Es sind sehr komplexe Anwendungsbereiche, die wir hier haben. Da spielt der öffentliche Personennahverkehr eine große Rolle.

Wenn wir von Ersatzlösungen, seien es Bürgerbusse, die auch ehrenamtlich von Senioren gefahren werden, und von anderen Varianten sprechen, kann so etwas immer nur eine Ergänzung sein; das ist kein gleichwertiger Ersatz.

Es gibt Städte in der Welt - ich war kürzlich in Graz -, in denen Senioren kostenlos mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren können; auch so etwas ist möglich. Wir müssen genau überlegen, wo wir das Geld für einzelne Zielgruppen wie einsetzen.

Zurzeit gibt es eine Diskussion über Auszubildende, die den geförderten öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Es gibt aber auch die Studenten, die das weniger als Auszubildende in Anspruch nehmen. Hier müssen klarere Linien gezogen werden. Das kann nicht Wettbewerb sein.

Das Zweite, das wir gesagt haben, betrifft die Tätigkeit als Lehrender: dass wir Älteren und Jüngeren noch bessere Möglichkeiten geben müssen, Bildungsaufgaben ehrenamtlich wahrzunehmen.

Auch über die Altersarmut ist gesprochen worden. Für viele ist es sozialverträglich kaum machbar, einen Kurs bei der Volkshochschule für 80, 90, 100 Euro zum Thema Digitalisierung zu bezahlen. Wenn wir das ehrenamtlich durch Schüler in den Gemeinschaftseinrichtungen für Ältere oder an anderer Stelle gestalten, kann das wesentlich billiger oder sogar kostenfrei sein. Das muss sozialverträglich gestaltet werden.

Die Schüler sind sehr interessiert zu zeigen, was sie alles auf einem Gebiet wissen. Sie müssen nur lernen, das in einer geeigneten methodischen Form für Ältere aufzubereiten. Die Älteren können davon profitieren. Deshalb ist dieses wechselseitige Geben und Nehmen für Ältere und für Jüngere auch im Bildungsbereich eine ganz wichtige Aufgabe. Viele Ältere vermitteln wiederum den jungen Schülern und Studenten ihre Lebenserfahrungen, ihre Berufserfahrung, helfen ihnen bei der Karriereentwicklung. Es zeigt sich, dass viele gemeinsame intergenerative Formen des Lernens zum beiderseitigen Nutzen sind.

Auch in den Schulen ist man immer dankbar, wenn - natürlich entsprechend darauf vorbereitet - zum Beispiel Ältere als Streitschlichter, als Zeitzeuge, als Generationendialogmoderator oder in anderer Form, die wir inzwischen schon kennen, fungieren. Aber es wird zu wenig genutzt und es muss der Freiraum dafür in der Schule da sein. Wir haben beobachtet, dass staatliche Schulen sagen: Wir haben keine Zeit. Zum Teil haben sie einen Lehrermangel. In den privaten Sonderschulen ist man sehr aufgeschlos-

sen, Ältere als solche ehrenamtlich tätigen Zeitzeugen in die Schule zu integrieren. Es ist eine gewisse Offenheit notwendig, um das zu realisieren und damit zugleich Älteren die Möglichkeit zu geben, in einen Dialog mit der jungen Generation zu kommen. Eine solche Offenheit muss auch für junge Menschen in Seniorenheimen vorhanden sein.

Wir haben schon ein großes Problem, Nachwuchsführungskräfte für Wohltätigkeitsorganisationen zu finden. Wir haben Alte, die noch mit 80, 90 Jahren Vereine leiten, für die wir keine Nachfolger finden. Wenn das zusammenbricht, wird das ein riesen Problem in Sachsen-Anhalt und in anderen Bundesländern.

Die Angebote im ländlichen Raum reichen bei Weitem nicht aus. Wenn Sie die im ländlichen Raum bestehenden Angebote mit denen vergleichen, die in den Städten angeboten werden, stellen Sie fest, dass das immer nur ein Bruchteil ist.

Es gibt aber Regelungen. Der Bildungsbedarf wird meist von Volkshochschulen abgedeckt. Wenn diese aber nicht mindestens acht Kursteilnehmer zusammenbekommen, kommt ein Kurs nicht zustande. Deshalb fallen viele Kurse aus. Zum Teil ziehen sich Volkshochschulen aus ihren Außenstellen zurück uvm.

Wir müssen mehr Bildungsangebote vor Ort unabhängig von Teilnehmerzahlen realisieren. Es könnten digitale Formen des Lernens, auf die ich vorhin schon eingegangen bin, etwa per Livestream oder durch andere technische Möglichkeiten des Lernens verstärkt angeboten werden.

Der ländliche Raum soll etwa gleichwertige Lebensverhältnisse aufweisen. Das ist ein Wunsch, der in vielen Grundsatzdokumenten der Bundesrepublik steht, aber zurzeit nicht überall ausreichend berücksichtigt wird.

Es gibt noch eine Idee an dieser Stelle. Wir haben in Sachsen-Anhalt schon mehrere Universitäten, die Bildungsprogramme für Ältere anbieten. Wenn die ihre Vorschläge im Livestream bündeln, auf Kassette oder in anderer Form zur Verfügung stellen, dann kostet das ganz wenig Geld nur für die Konservierung, aber jedermann könnte es per Livestream, durch Ausleihe oder über die Medienstellen nutzen. Also, nutzen wir das Vorhandene; es muss nur jemand in die Hand nehmen und organisieren.

Vielleicht noch - ich habe mich heute sehr darüber gefreut, dass der Vorschlag von den Jüngeren kam -: Auch die politische Bildung für Jüngere und Ältere sollte nicht vergessen werden. Das kommt oft zu kurz. Gefördert wird von den Landeseinrichtungen gegenwärtig nur die politische Bildung Jüngerer. Die politische Bildung Älterer ist aber genauso wichtig. Wenn wir das wie heute gemeinsam machen, ist das ein politischer Beitrag für die politische Bildung der Generationen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Dieses Rollenspiel klappt hervorragend.

(Heiterkeit)

- Bitte schön, Frau Stallbaum, Sie haben das Wort.

Lilli Stallbaum, Berichterstatterin:

Wir haben im Laufe der Diskussion immer wieder festgestellt, dass es zu ganz vielen Dopplungen, Wiederholungen und gleichen Ansichten kommt. Das heißt, auch wenn es verschiedene Thesen gab, wurde in den Diskussionsgebieten, -kreisen, -gruppen, wie auch immer, meist die gleiche Ansicht vertreten oder waren die Themen gleich. Deswegen kann es sein, dass es jetzt zu Dopplungen kommt, wenn ich bei der dritten These auch noch einmal auf den Verkehr eingehen werde.

Das bezieht sich eher auf die Finanzierung. Wir haben gesagt, dass man, wenn man mit dem öffentlichen Verkehr zu einer Schule, zu einem Theater oder zum Arzt fahren will und die Finanzierung nicht ausreichend gewährleistet ist, gucken muss, wie man dort hinkommt. Als Schüler hat man nicht so viel Geld, ist meist auf Eltern und Verwandte angewiesen. Dazu konnten wir uns aber kein vollumfängliches Bild machen. Wir können nicht sagen, wie stark das tatsächlich ausgeprägt ist.

In jeder unserer Unterarbeitsgruppen bestand Einvernehmen darin, dass wir generationenübergreifend arbeiten bzw. lernen sollten, dass alle voneinander lernen sollten, dass zum Beispiel die Oma fragt, wie ihr Smartphone funktioniert und das Enkelkind es ihr erklärt oder dass das Enkelkind die Oma fragt, wie es denn früher war, und die Oma dazu Erzählungen macht, sodass man voneinander profitiert.

Wir haben festgestellt - das kam auch eher von der älteren Generation -, dass die eigenen Kinder eher genervt sind, wenn sie etwas erklären sollten, dass die Enkelkinder das viel lieber erklären und viel interessierter daran sind.

Dann wurde etwas Kritik dahin gehend geübt, dass man die Bildung auf der Bundesebene ausrichten sollte. Zum Beispiel sind die Abschlüsse verschieden gewichtet. Es gibt verschiedene Wertigkeiten. Man kann nicht eindeutig beurteilen, wie das Bildungsniveau in anderen Bundesländern ist, sodass nicht klar ist, ob man gleich gebildet ist. Es ist wichtig, dass es ein gleiches System gibt.

(Beifall)

Wenn ich jetzt Weiteres dazu äußern müsste, würde ich das Gleiche sagen. Deswegen sage ich nur, dass wir zu dem Entschluss gekommen sind, dass es mehr gesellschaftliche und politische Beteiligungen geben sollte und dass wir das auch gern mit fördern würden.

(Beifall)

Prof. Dr. Roland Schöne, Berichterstatter:

Zur vierten These. Wir hatten uns mit der Frage beschäftigt: Wie ist das mit dem tatsächlichen kalendarischen Alter? Und wie ist das mit dem vorherrschenden Altersbild? Hier ist deutlich festzustellen: Es ist ein defizitäres Altersbild noch sehr weit in unserem Land verbreitet. Deshalb ist es notwendig, viel stärker die positiven Leistungen Älterer auf diesem Gebiet in vielfältiger Form im Bildungsbereich, im Kulturbereich, im ehrenamtlichen Sozialbereich und in vielen anderen Bereichen zu würdigen.

Viele wissen gar nicht wenn sie bestimmte Personen vor sich haben, wie alt diese sind. Ein hohes Alter sieht man einigen Menschen nicht unbedingt an. Einige sind aber auch im hohen Alter noch voll aktiv und haben damit eine ganz wichtige Aufgabe, nämlich die Verbreitung eines positiven Altersbildes deutlicher an konkreten Leistungen hervorzuheben. Wir haben 90-Jährige, die fit wie 40-Jährige sind - bei uns im Seniorenkolleg ist der Älteste 90 Jahre und hält Reden - und wir haben 40-Jährige, die schon abgeschaltet haben wie ein 100-Jähriger. Also: Richten Sie sich nicht nach dem kalendarischen Alter sondern nach Engagement und Leistung. Das kann manchmal eine körperliche Einschränkung einbeziehen. Aber geistig sind einige Ältere auch in hohem Alter noch voll fit. Deshalb sollten wir die Arbeit dieser Gruppe - es ist schließlich die größte Wählergruppe in unserem Land - viel stärker würdigen. Das Gleiche gilt für die jüngere Zielgruppe, die auch noch zu wenig an demokratischen Prozessen beteiligt ist.

Wir brauchen ein gemeinsames soziales Engagement; denn gerade diese Veranstaltung hat gezeigt, wie viele Gemeinsamkeiten und wie wenig Trennendes, was immer von den Medien hervorgehoben wird, wir haben. Gemeinsamkeit macht stark; das sollten wir uns auch auf diesem Gebiet als Ziel vornehmen.

Die Leistungen, die Ältere im öffentlichen Bereich erbringen, sind nicht immer abgesichert. Deshalb ist auch die Absicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten ein Thema. Wenn sie bei einer sozialen gemeinnützigen Organisation als Lehrender, als Lernender oder in anderen Formen tätig werden, sind sie versichert und bekommen zumeist eine Aufwandsentschädigung. Im öffentlichen Dienst sind sie das nicht. Dort gibt es kein Ehrenamt. Das ist unverständlich für uns alle. Denjenigen, die im öffentlichen Dienst noch etwas tun wollen, wird die Entschädigung von der Pension abgezogen, wenn sie bestimmte Größen überschreitet. Die Tätigkeit, die sie tun, kann auch nicht wie woanders steuerlich abgesetzt werden. Es gibt viele Umwegkonstruktionen, um dem zu entgehen; das ist aber keine Lösung. Das muss man dringend ändern; denn wir brauchen die Erfahrung von erfolgreichen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in ehrenamtlicher Tätigkeit, in den vielfältigen sozialen Aufgaben, auch Bildungsaufgaben, die sie noch wahrnehmen. Deshalb sind die betreffenden Regelungen dringend zu überarbeiten, um entsprechend diese ehrenamtliche Tätigkeit im Bildungsbereich stärker ausbauen und die Leistung der Älteren entsprechend anerkennen und würdigen zu können.

Das Gleiche gilt für die Jüngeren, die auch ehrenamtlich tätig sind. Viele Jüngere sind schon an Volkshochschulen und in Organisationen tätig. Das ist ein Interessenbereich für beide Seiten, etwas, das wir verfolgen sollten. - Bitte schön.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich möchte auf etwas hinweisen: Es ist zwar sehr schön, dass Sie in Ihrer Arbeitsgruppe fünf Arbeitskreise gebildet haben, das dauert aber in der Auswertung länger. Schauen Sie bitte immer mit auf den Zeitplan. Wir haben nur bis 15:30 Uhr Zeit für die Diskussion. Bitte fassen Sie sich kürzer, damit wir noch etwas Zeit zum Diskutieren haben. - Danke.

Lilli Stallbaum, Berichterstatterin:

Ich komme zu These 5. Wir haben festgestellt, dass die Bildungsangebote besser kommuniziert werden bzw. beworben werden sollten. In dem Zusammenhang haben wir heute wieder ein neues Wort gelernt, nämlich „MuK“.

Wir haben natürlich gemerkt, dass sich viele Menschen Youtube-Tutorials zum Lernen angucken und viele weitere Varianten zum Lernen nutzen. Jedoch ist nicht alles ganz klar. Wir fanden, dass mehr dafür geworben werden sollte. Auch sollten zielgerichtete Angebote für Arbeitslose mehr gegeben werden; denn das würde auch dort alles verbessern. Unsere Idee war, dass die regionalen Gebiete zusammenarbeiten, die Schulen miteinander verknüpft sind, aufeinander eingehen und die Situation verbessern.

Noch zum Schluss - auch das wurde in der Gruppe gesagt -: Wir plädieren dafür, dass die Älteren den Jüngeren und die Jüngeren den Älteren etwas lehren sollen, sodass sie voneinander lernen und sich gegenseitig helfen.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

Prof. Dr. Roland Schöne, Berichterstatter:

Unsere Arbeitsgruppe hat mich noch gebeten, zusammenfassend zu sagen, dass das Forum ein sehr guter Anfang für eine generationenübergreifende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet war.

Ich freue mich, dass wir nach dem letzten Seniorenkolleg und den letzten Seniorenveranstaltungen hier im Landtag wirklich diese Idee umsetzen konnten, die wir damals hatten. Ich möchte Sie alle ermutigen, in diese Richtung weiterzuarbeiten, das besonders auch in Ihren Schulen, in Ihren Senioreneinrichtungen zu propagieren; denn auf diesem Weg kommen wir als Generationen zusammen.

Wir danken der Frau Landtagspräsidentin, dass wir die Möglichkeit hatten, ein Generationenforum im Landtag durchzuführen. Es gibt immer Optimierungsbedarf. Wo dieser bei dieser Veranstaltung besteht, werden wir noch mitteilen. Aber insgesamt sehen wir das als eine erfolgreiche Veranstaltung an, die wir weiterführen sollten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich danke auch den letzten beiden Vortragenden. - Ich orientiere jetzt noch mal auf den Zeitraum. Bis 15:30 Uhr haben wir noch die Gelegenheit, miteinander zu diskutieren.

(Maren Sophie Enke und Adrian Pogorzelski melden sich zu Wort)

- Ich sehe schon Wortmeldungen.

(Jürgen Engel und Prof. Dr. Roland Schöne melden sich zu Wort)

- Es sind etliche Wortmeldungen. - Die beiden jungen Leute dort hinten hatten sich zuerst gemeldet.

(Alexander Dobert meldet sich zu Wort)

- Dann kommen Sie, Herr Dobert, dran. - Bitte vergessen Sie nicht, den Namen zu nennen, damit wir eine bessere Niederschrift haben. - Bitte.

Maren Sophie Enke:

Noch einmal: Maren Enke. Ich weiß, dass das Thema Immigration in den letzten Wochen und auch Jahren eine große Rolle gespielt hat. Ich muss es hier leider noch einmal ansprechen. Ich denke, wir sehen unsere Aufgabe darin, als bildungsfördernde Demokratie auch ein lebenslanges Lernen für unsere neuen Mitbürger zu sichern. Meine Frage ist, wie wir das schaffen wollen. Dazu müssen neue Kompetenzen entwickelt werden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich frage die anderen Diskussionsteilnehmer: Gehen Ihre Wortmeldungen in die gleiche oder in eine ähnliche Richtung?

(Zuruf von Jürgen Engel)

- In eine ähnliche Richtung. Dann bitte ich Sie, Herr Engel, das zusammenzufassen.
- Die beiden anderen jungen Leute sind anschließend dran. - Bitte schön.

Jürgen Engel:

Mein Name ist Jürgen Engel. Ich komme von der Verkehrswacht Magdeburg. Ich möchte mich bei der Arbeitsgruppe, die hier zuletzt den Vortrag gehalten hat, bedanken. Ich habe gerade zu meinem Partner hier gesagt: Wir waren eigentlich in der falschen Arbeitsgruppe. Bitte fassen Sie das nicht negativ auf, es sei nur am Rande be-

merkt, weil das, was gerade gesagt wurde, trifft voll den Nerv, den wir in unserer Arbeit wahrnehmen, nämlich dass die ehrenamtliche Arbeit in der Gesellschaft und in der Bevölkerung noch nicht als das wahrgenommen wird, was sie ist.

Ich bin der Meinung, dass noch nicht alle begriffen haben, was Ehrenamtler überhaupt leisten. Dass sich Ehrenamtler dann noch neben der ehrenamtlichen Tätigkeit hinsetzen müssen, um den bürokratischen, verwaltungstechnischen Kram aufzuarbeiten, finde ich in der Arbeit etwas behindernd. Daher ist meine Frage: Gibt es Überlegungen im Land, das ein wenig zu straffen, für die Ehrenamtler ein bisschen unkomplizierter zu machen und das übersichtlicher darzustellen; denn das würde unsere Arbeit wesentlich erleichtern?

Die zweite Frage, die ich habe: Ich als Vorsitzender der Verkehrswacht Magdeburg bin daran interessiert, viele Leute in die Ehrenamtsarbeit einzubeziehen. Ich habe Hinweise bekommen, wohin ich mich wenden kann. Die neueste Information, die ich habe, ist, dass ich jetzt - anders als in den vergangenen Jahren -, wenn ich zum Arbeitsamt gehe und dort Leute akquirieren will, als Verein neuerdings Geld dafür bezahlen muss, dass das Arbeitsamt mir solche Personen vermittelt. Stimmt das? Entspricht das den Tatsachen? - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wer möchte dazu etwas ausführen? - Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, bitte.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Zunächst möchte ich Ihrem Eindruck widersprechen, dass wir die Arbeit, die Ehrenamtliche machen, nicht wahrnehmen. Wir wissen, was in unserem Land allein durch ehrenamtliche Arbeit überhaupt aufrechterhalten wird. Wir versuchen auch durch eine Vielzahl von Veranstaltungen gerade jetzt, Anfang Dezember, rund um den Ehrenamtstag herum diejenigen einzuladen, die sich schon seit Jahrzehnten engagieren, die nicht aufhören, sich für Mitmenschen einzusetzen. Wir haben uns auch vorgenommen, noch andere Möglichkeiten der Wertschätzung dieses ehrenamtlichen Engagements zu finden. Da sind wir aber auch auf Ihre Anregungen angewiesen.

Ich weiß, dass beispielsweise Kommunen versuchen, bestimmte Dinge zu erleichtern, indem sie zum Beispiel ein Ehrenamtsticket anbieten. Das heißt, dass die Ehrenamtlichen kostenlos den ÖPNV nutzen können; das ist zumindest eine Wertschätzung, die es manchmal einfacher macht, ein Ehrenamt auszuüben; denn - auch das habe ich in vielen anderen Veranstaltungen gehört - viele ältere Menschen beklagen, man müsse sich ein Ehrenamt leisten können. Dafür fallen nicht nur Fahrtkosten an, sondern es ist ganz viel drum herum, was nicht immer kostenfrei ist; es steckt ein bisschen was dahinter.

Wir haben uns auch oft mit dem Thema Demokratieabbau beschäftigt. Das ist nicht nur, was das ehrenamtliche Engagement betrifft, ganz leicht. Da würde ich einfach noch einmal darum bitten, dass Sie uns konkret sagen, was Ihnen das Leben schwer macht, dass wir anhand konkreter Punkte versuchen, das zu ändern, weil so ganz all-

gemein ist es einfach schwierig, das zu fassen. Wir brauchen da wirklich ganz konkrete Punkte. - So weit zum Thema ehrenamtliches Engagement.

Die andere Frage ging in eine andere Richtung. Auch in Bezug auf Bürger mit Migrationshintergrund und Geflüchtete - da haben Sie völlig Recht - müssten wir uns eigentlich mit dem Thema lebenslanges Lernen beschäftigen. Da sind wir noch zwei, drei Stufen zurück, weil wir im Moment damit beschäftigt sind, ganz grundlegende Bildungsangebote bereitzustellen, damit eine Integration überhaupt möglich ist; denn Integration ist nur über Sprache, über Bildungsangebote möglich. Das heißt, da spielen die Schulen eine ganz große Rolle. Da ist eben schade, dass es die Sprachlehrkräfte, die wir hatten, in dem Umfang wie bisher jedenfalls nicht mehr gibt.

Es ist auch schade, dass wir uns bei den Migranten, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, die in ihrem Heimatland keinen Schulabschluss mehr machen konnten, weil es aufgrund eines Krieges nicht mehr möglich war, schwer tun, Angebote zu unterbreiten. Beispielsweise über ein Abendkolleg oder über die Volkshochschulen, sodass sie auf diesem Wege eine Möglichkeit bekommen, ihren Schulabschluss nachzuholen, um somit die Voraussetzungen dafür zu haben, eine Ausbildung zu machen, möglicherweise sogar zu studieren. Das ist ein Thema, das wir als große Agenda noch vor uns haben, das wir uns noch vornehmen müssen. Das hat auch etwas mit Ressourcen zu tun. Wir haben im Moment leider eine Ressourcendebatte, die nicht unbedingt immer nur in eine positive Richtung geführt wird. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Schmidt und dann Herr Krull.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Als Abgeordneter der AfD muss ich zum Thema Migration natürlich etwas sagen. Wir haben da eine etwas andere Ansicht. Also, „Neubürger“ ist natürlich schon ein schwieriger Begriff. Man unterscheidet da zwischen Einwanderern, die wir natürlich beschulen müssen, weil sie Teil unserer Gesellschaft werden wollen, und Asylbewerbern, die temporär hier sind. Man muss berücksichtigen, dass Asylbewerbern Deutschkurse und deren Kindern eine Beschulung an regulären Schulen möglich sein müssen.

Wir vertreten dazu die folgende Auffassung: Es muss Sonderschulklassen für Kinder von Asylbewerbern geben, damit unsere deutschen Kinder nicht durch die Sprachschwierigkeiten usw. dieser Kinder im Lernen in der Schule beeinträchtigt werden, damit es nicht dazu kommt, dass der Unterricht nicht mehr in dem Tempo gegeben werden kann, wie das derzeit der Fall ist. Letzteres ist ein großes Problem. Deshalb sagen wir: Kinder von Migranten müssen in Sonderschulklassen, bis sie auf einem gewissen Niveau sind und somit in den regulären Unterricht störungsfrei integriert werden können. In den Klassen an regulären Schulen sollte eine bestimmte prozentuale Quote an Kindern von Asylbewerbern nicht überschritten werden.

Wir wissen, dass nicht etwa ausschließlich Familien mit Kindern nach Deutschland gekommen sind, sondern fast ausschließlich junge Männer. Man muss gucken, ob man

auch die Kosten dafür tragen will, diesen Migranten eine vollwertige Ausbildung zuteilwerden zu lassen oder weiterführende Qualifikationen zu ermöglichen. Das ist eine Kostenfrage. Da muss man sich fragen, ob man das als Steuerzahler alles finanzieren will, vor allem dann, wenn man dafür andere Dinge vernachlässigen muss; das ist einfach so. Dementsprechend sagen wir: Sprachkurse ja. Einwanderern weiterführende Bildungsmaßnahmen ermöglichen. Kindern von Asylbewerbern spezielle Beschulungen geben. Aber es soll nicht grundsätzlich für alle Asylbewerber, die ihre Schulpflicht vollendet haben, gewährleistet sein, hier weiterführende Abschlüsse zu machen oder Studiengänge absolvieren zu können; das lehnen wir als AfD logischerweise ab.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Krull, dann Frau Hohmann.

Tobias Krull (CDU):

Was das Thema Integration angeht: Da gibt es, glaube ich, keine Pauschalmaßnahme, sondern ganz viele einzelne Maßnahmen, die man machen muss. Das fängt damit an, dass mein kleiner Sohn, erste Klasse, inzwischen drei syrische Kinder in der Klasse hat und die Klasse es sich zum Ziel gesetzt hat, gemeinsam das Alphabet zu lernen. Das ist nur eine Maßnahme. Wir haben den Bundesfreiwilligendienst mit Migrationsbezug oder Flüchtlingsbezug. Auch hier gibt es Möglichkeiten, entsprechende Kurse noch einmal anzubieten. Das reicht bis hin zum privaten Engagement, das jeder Einzelne leisten kann.

In meiner Familie ist es so, dass meine Schwiegermutter zwei syrischen jungen Männern zusätzlich Deutschunterricht gegeben hat, weil es einfach so ist, dass in den Kursen nicht eine solche deutsche Sprache vermittelt wird, dass es alltagstauglich ist. Es wird ein gewisser Grundstock vermittelt, nicht mehr. Von daher: Viele Maßnahmen sind notwendig. Da spielt lebenslanges Lernen natürlich eine ganz große Rolle.

Was die Frage des Bürokratieabbaus betrifft: Ich kann es verstehen, wenn ein Verein sagt, er möchte möglichst wenig Formulare ausfüllen. Dann gibt es immer einen Zuständigen, daneben den Landesrechnungshof, der sagt: Ihr verwendet öffentliche Gelder. Die müssen ordnungsgemäß abgerechnet werden. Spätestens wenn die Schlagzeile „Wieder 10 000 Euro in einem Verein versackt“ lautet, werden wir in der Politik wieder gefragt: Habt Ihr das nicht kontrolliert? Also müssen wir beim Ehrenamt immer schauen, dass ein vernünftiges Verhältnis zwischen dem zu leistenden Aufwand, der Art der Verwendung der Mittel, dem Kontrollaufwand durch die öffentliche Hand, etwaigen Behinderungen und dem Umfang der Leistungen besteht.

Zur Kofinanzierung und dazu, dass ein Verein eigene Leistungen bringen muss: Das hängt von den jeweiligen Programmen ab. Es gibt Programme, da ist ein eigener Teil eines freien Trägers gefragt. Wenn sie zum Beispiel einen FSJler für ein Freiwilliges Soziales Jahr einsetzen, sind es, ich glaube, 150 Euro, die der Verein als Träger selbst erbringen muss, um diese Personalstelle zu finanzieren. Auch da muss man sich den konkreten Einzelfall anschauen, um zu entscheiden: Wo muss ein Verein kofinanzieren und nicht?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich habe dieses Thema gerade erst aus meinem Wahlkreis mitgenommen. Von Herrn Glandien von der Kreisverkehrswacht Oschersleben wurde mir gesagt, dass die Verkehrswachten keine FSJler, sondern ganz normale Hilfen einsetzen, weil sie für FSJler beim Arbeitsamt bezahlen müssen. Darauf habe ich zu verstehen gegeben, dass ich das bei uns zur Prüfung mit reingegeben habe. Das war mir so nicht klar. Deshalb will ich das gezielt mit aufgreifen. Das müssen wir prüfen. - Frau Hohmann, bitte.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich hätte zwei Anmerkungen zu machen. Die erste Anmerkung zum Ehrenamt. Das ist wirklich sehr schwierig. Wir haben auch in diesem Hohen Hause des Öfteren darüber diskutiert, inwieweit die Aufwandsentschädigungen, die Ehrenamtliche bekommen, gegebenenfalls versteuert oder angerechnet werden, wenn man Leistungen der Grundsicherung nach SGB II bekommt. Das ist schon eine schwierige Situation. Ich denke, darüber, was wir hier im Land machen können, sind wir uns einig. Es ist wichtig, zu schauen, nur so viel Bürokratie wie nötig zu haben. Oftmals sind wir da auch an Bundesgesetze, ich sage einmal, gefesselt, die wir nicht einfach so außer Kraft setzen können.

Nichtsdestotrotz gibt es schon, ich sage einmal, zarte Pflänzchen für lebenslanges Lernen im Sinne eines Miteinander von Jung und Alt. Ich erinnere mich an Folgendes: In den Oktoberferien haben wir es bei uns in der Gemeinde so gehandhabt, dass die Älteren Angebote für die Jüngeren gemacht haben. Man staunt. Wir hatten zum Beispiel einen Nähkurs. Da hat eine ältere Dame mit einer Nähmaschine etwas genäht und da waren unwahrscheinlich viele, vorwiegend junge Leute dabei, die sich dafür interessiert haben. Das ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Es sind zarte Pflänzchen, die dort kommen. Wenn man das Ganze gegebenenfalls noch so hinbekommt, dass man das ein bisschen über, ich sage ich einmal, eine Art Ehrenamtspauschale vergüten könnte, wäre das nicht schlecht. Aber da muss man genau schauen, wie die kommunalen Kassen sind. Wenn der Wille da ist, kann man sicherlich das eine oder andere machen.

Die zweite Anmerkung, die ich machen möchte, betrifft Migration und gemeinsames Lernen. Natürlich ist es viel einfacher, in Klassen gemeinsam zu lernen, als Geflüchtete in Sonderklassen oder in eine andere Schule abzudelegieren nach dem Motto „Kommt erst wieder, wenn Ihr vernünftig Deutsch sprechen könnt!“. Das ist Quatsch. Gerade Kinder lernen wirklich gut voneinander. Es ist das Beste, wenn sie mittendrin sind. Umso schneller lernen Sie. Dafür haben wir genügend Beispiele, auch in Kitas. Wenn Kinder untereinander sind, lernen sie sehr schnell die deutsche Sprache. Deshalb ist es wichtig, gemeinsam zu lernen.

Es ist wichtig, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer, die in diesen Klassen lehren, nicht allein lassen. Wir brauchen Unterstützung zum Beispiel durch Sprachlehrer, Schulsozialarbeiter oder Förderschullehrer. Das Land ist hier in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass das funktioniert. Da haben wir, glaube ich, mit der Volksinitiative, die jetzt

auch im Landtag gewesen ist, eine gute Chance auch ein Stückchen weiter nach vorn zu kommen. - Danke.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich sehe jetzt drei, vier Wortmeldungen. Ich würde das erst abarbeiten.

(Alexander Dobert und Adrian Pogorzelski melden sich zu Wort)

- Sie und danach der andere junge Mann. Bitte denken Sie daran, Ihren Namen zu nennen.

Alexander Dobert:

Alexander Dobert. Danke noch einmal, Frau Präsidentin, für den Hinweis, den Namen zu nennen. - Ich habe zwei Fragen. Die eine Frage bezieht sich auf die Thematik der Förderung von Bildungsmaßnahmen für Migranten. Sie hatten gerade ausgeführt, dass man überlegen sollte, ob man in der Erwachsenenbildung geflüchtete Menschen - die sind ja auf der Basis des Artikels 16a des Grundgesetzes hierher gekommen, um Schutz zu suchen - mit Bildungsangeboten fördern soll. Es gibt - das ist Ihnen sicherlich bekannt - den Artikel 5 des Grundgesetzes und den Artikel 25 der Landesverfassung, worin steht, dass jedermann ein Grundrecht auf Bildung hat. Daraus ergibt sich zuerst die Frage: Wie möchten Sie den Vorschlag, den Sie gerade unterbreitet haben, im Sinne dieser rechtlichen Vorgaben und von sonstigem Landes- und Bundesrecht umsetzen?

Die zweite Frage, die ich habe, bezieht sich auf Schul- und Wanderfahrten. Ich bringe wieder mein Beispiel. Ich bin an einer Schule mit 1 100 Schülern. Jedes Jahr werden uns die Mittel vom Landesschulamt, das zuständig ist, weiter gekürzt. Wir sind jetzt, wenn ich mich recht erinnere, bei 2 500 Euro im Jahr für 1 100 Schüler. Wir wissen nicht genau, wie wir damit Exkursionen und Wanderfahrten weiterhin bewerkstelligen sollen. Es gibt dazu Richtlinien vom Ministerium für Bildung und Kultur. Diese Schul- und Wanderfahrten sollen den Klassenzusammenhalt stärken und die Lehrkräfte dabei unterstützen, den Bildungsauftrag, den sie per Lehrplan oder Rahmenrichtlinie - je nachdem, was noch Anwendung findet - haben, aktiv umzusetzen. Deshalb stellt sich die Frage: Wie kann man Schulen besser unterstützen, als es zum jetzigen Zeitpunkt geschieht? Die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, sind nicht ausreichend. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich bitte Sie, Ihre Fragen etwas kürzer zu fassen und nicht wieder in so ein Klein-Klein oder in sehr spezielle Sachverhalte hineinzugehen, sondern die Dinge einfach bilateral hinterher abzusprechen; denn - ich weise noch einmal darauf hin - wir haben nur noch knapp zehn Minuten Zeit für die Diskussion übrig und ich habe noch vier Wortmeldungen. Ich frage, ob noch jemand dabei ist, der ganz dringend eine Fra-

ge stellen möchte. Deswegen bitte ich Sie, sich einfach kürzer zu fassen, damit die anderen noch zu Wort kommen. Okay. - Herr Schmidt, Sie wurden jetzt direkt angesprochen. Bitte schön.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Danke für die Frage. Um die Diskussion nicht endlos zu gestalten, möchte ich nur ganz kurz auf die erste Frage antworten. Und zwar: Wenn man sich auf das Grundgesetz bezieht, dann muss man auch alle rechtlichen Aspekte berücksichtigen. Die Einreise über einen sicheren Drittstaat erledigt sich somit komplett. Damit ist der Fluchtgrund hinfällig. Somit dürfte auch keine weitere Einreise nach Deutschland stattfinden bzw. gibt es dann einfach keinen Asylgrund mehr.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die nächste Frage. Jetzt muss ich noch einmal schauen. - Sie, Herr Pogorzelski, waren das.

(Nico Witteborn, Roman Schönemann und Detlef Rölke melden sich zu Wort)

- Sie, Herr Witteborn, dort hinten, dann Sie, Herr Rölke. Danach kommt Herr Schönemann noch einmal dran. - Bitte schön.

Adrian Pogorzelski:

Danke. Noch einmal den Namen: Adrian Pogorzelski. - Ich habe eher eine allgemeine Anmerkung zu den Ausführungen von vorhin. Da hieß es, dass viele Schüler das Empfinden haben, dass sie nur für die Noten lernen. Ich sehe das nicht so, weil auch ich irgendwo entscheiden kann, für was ich lerne. Na klar, jeder möchte einen relativ guten Zeugnisdurchschnitt haben. Am Ende entscheide ich, welchen Beruf ich erlerne.

Die Individualität ist eigentlich auch nicht gegeben. Da kann ich auch nur widersprechen. Ich habe vor Kurzem meinen Kurswahlzettel für die Oberstufe abgegeben und habe meine Kurse eingeschränkt, weil wir einiges lernen, was wir anscheinend gar nicht brauchen. Vieles ist recht kompliziert, recht umfangreich; das steigert sich auch. Dafür das Beispiel vom Gymnasium. Gymnasium heißt, ich erhalte eine erhöhte Allgemeinbildung. Da beziehe ich mit ein, was ich unmittelbar vielleicht nicht ganz brauche. Das war es fast schon. Wenn man wirklich grundlegend etwas daran ändern will, dann müsste man eigentlich das komplette Bewertungssystem umkrempeln, damit es wirklich individuell wird. Das Lernen in der Schule hat ja auch eine gewisse Auswirkung auf die Einstellung zum Lernen im Leben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich denke, das war ein selbstständiger Beitrag. Dazu könnte man vieles sagen. Nur eine Anmerkung: Ich habe inzwischen drei Berufe. Ich muss sagen, am

Anfang dachte auch ich, dieses und jenes brauchst du nie im Leben. Ich brauchte inzwischen viele Dinge, von denen ich dachte, das wäre überflüssig. Das nur als kleiner Hinweis. - Jetzt sind Sie noch einmal dran, dann Sie, Herr Witteborn, und danach Herr Schönemann. - Junger Mann, sagen Sie uns bitte Ihren Namen. Ich glaube, den hat unsere Stenografin nicht verstanden.

(Zuruf von Adrian Pogorzelski)

- Ein bisschen deutlicher.

Adrian Pogorzelski:

Es ist vielleicht ein bisschen kompliziert. Adrian Pogorzelski.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. - Bitte.

Nico Witteborn:

Ich bin Nico Witteborn. Ich habe eine grundlegende Frage. Und zwar beziehe ich mich auf zwei Aspekte, die vorhin genannt wurden. Zum einen wurde vorhin beklagt, dass die Schulen zu wenig Geld vom Land kriegen und dass das Schulsystem eigentlich umgekrempelt werden sollte. Dann stellt sich für mich die Frage: Warum hebt man nicht einfach das Kooperationsverbot auf und gibt das beim Ministerium für Bildung in Länderhand, anstatt von einer Reform zur nächsten zu stolpern; denn etwas anderes ist es im Moment nicht? Deswegen meine Frage: Warum hebt man das Kooperationsverbot nicht auf?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wer möchte auf die Frage zum Kooperationsverbot antworten?

(Tobias Krull, CDU, meldet sich zu Wort)

- Herr Krull, aber nur kurz, wenn es geht.

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

- Herr Aldag auch? Sie haben sich nicht gemeldet.

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

- Ja.

Tobias Krull (CDU):

Also, dazu gibt es bei uns in der Fraktion unterschiedliche Positionen. Der Bildungsminister hat sich schon klar dazu bekannt, dass er für die Aufhebung des Verbotes an der Stelle ist. Ich halte aber nichts davon, Bildungspolitik jetzt so zentral aus Berlin heraus zu steuern. Ich glaube, ein sogenannter Wettbewerbsföderalismus an der Stelle ist durchaus angenehm. Wenn ich mir das einfach mal anschau: Welches Bildungssystem wollen wir denn haben? Das System, das wir in Bayern haben, oder das System, das wir in Bremen haben?

Eine Vereinheitlichung deutschlandweit ist, glaube ich, nicht unbedingt zielführend. Von daher: Ja, mehr Kooperation, auch gern mehr Abstimmung. Ich halte viel davon, dass die Länder im Bereich Bildung und Polizei Verantwortung tragen. Ansonsten könnte man ganz kess die Frage stellen: Welche Rolle spielen denn überhaupt noch die Länder in der Umsetzung von politischen Vorhaben?

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Schönemann ist der letzte Redner. - Bitte, Herr Rölke.

Detlef Rölke:

Noch einmal: Herr Rölke. Eine Anmerkung: Bevor man den ÖPNV steuerlich fördert, sollte man vielleicht überlegen, Bildung in den ländlichen Raum zu bringen. Wenn wir sagen, wir sparen Fördergelder beim ÖPNV, warum fördern wir damit dann nicht Mehrgenerationenhäuser oder Gemeinschaftshäuser im ländlichen Raum? Denn dahin kann man Bildung bringen. Dann brauchen die älteren Bürger aus dem Dorf nicht irgendwo hinzueiern, sondern die Bildung kommt zu denen. Dort kann man auch eine Zusammenarbeit mit Schülern gewährleisten. Das funktioniert auch; ich habe die Erfahrung selbst gemacht.

Na klar, auch mein Professor hat gesagt, es ist schwierig. Ich arbeite seit drei, vier Jahren in einer staatlichen Schule, habe bei der Rektorin ein ganz „dickes Brett gebohrt“, indem ich mich irgendwann zum Mediator habe ausbilden lassen, arbeite mittlerweile auch an einer Grundschule ehrenamtlich und im Kindergarten. Die Kinder danken es einem. Mittlerweile haben wir Vorlesepaten, Lesepaten, Nachhilfe, die nicht bezahlt werden muss. Bildung hängt mittlerweile vom Geld ab. Wie viele Eltern können Nachhilfe für Kinder bezahlen? Wie viele können das nicht bezahlen? Also ist das Angebot für diejenigen, die es nicht bezahlen können, eben Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, zum Beispiel in Deutsch. Ich hatte vorher eine Sekretärin, die vieles für mich mitgemacht hat. Ich muss mittlerweile gucken, wie das alles heißt, Präservativ usw.; da sind die Kinder manchmal fixer als ich.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Lebenslanges Lernen sage ich da nur.

Detlef Rölke:

Richtig, man lernt voneinander.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Entschuldigung, aber so eine Bemerkung kommt einem manchmal. - Ich frage noch einmal in die Runde: Gibt es noch jemanden, der ganz dringend seine Frage loswerden möchte?

(Lina Handrek meldet sich zu Wort)

- Sie dann noch, okay. Herr Schönemann, dann die junge Dame und dann machen wir Schluss.

Roman Schönemann:

Nehmen Sie es mir nicht übel, dass es von meiner Seite mehr als eine Frage ist. Wir haben gerade etwas zum Artikel 16a des Grundgesetzes gehört und dass das Recht auf Asyl hier eventuell mit dem Recht auf Bildung in einer gewissen Disparität steht. Wenn man das Grundgesetz richtig liest, stellt man fest, dass man im Bereich des dritten Abschnitts des genannten Artikels bereits eine staatliche Regulierung aller weiteren Maßnahmen hat. Als Abschlussbemerkung: Ich denke, dass das Grundrecht auf Bildung nicht gerade vor der Nationalität endet.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen jetzt die letzte Frage stellen.

Lina Handrek:

Ich bin Lina Handrek vom Projekt „Bildung im Alter“. Ich bin mit meiner Kollegin Frau Poppe hier. Wir haben heute schon viel darüber gesprochen, dass Jung von Alt und Alt von Jung lernt, über Konzepte von Seniorität und Juniorität.

Ich möchte jetzt noch mal provokant die Frage in den Raum stellen - die muss jetzt nicht beantwortet werden; das ist doch irgendwie eine Idealvorstellung, dass das tatsächlich in den Familien funktioniert -: Wie kann das tatsächlich gelingen? Bei den Menschen, mit denen ich im Interview geredet habe, mit Rentnerinnen und Rentnern,

war oftmals der Wunsch da, dass die Enkelinnen und Enkel beibringen, wie das Smartphone oder das Tablet funktionieren. Aber die tatsächliche Zeit oder die Ausdauer, das immer wieder zu erklären, ist dann doch nicht gegeben gewesen. Also noch mal: Wie kann diese Idealvorstellung in die Realität umgesetzt werden?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank für die Fragestellung; die würde ich gern selbst übernehmen. Ich muss sagen, das ist sehr unterschiedlich. Ich kann schon feststellen, dass meine Enkelkinder versuchen, mir etwas beizubringen und dann sagen: Omi, du bist jetzt die höchste Frau in Sachsen-Anhalt. Es gibt eben einige Dinge, die ich nicht weiß. Ich bin ganz stolz darauf, dass sie mir das sagen und tatsächlich versuchen, mir diese Dinge, die manchmal ganz einfach sind, von denen ich dachte, die sind sehr kompliziert, beizubringen. Ich kann mir schon vorstellen, dass es in vielen Situationen nicht ganz so ist. Aber ich sage: Das liegt auch an uns selbst.

Ich sage immer: Wie wir - ich hatte heute Morgen schon gesagt, ich zähle mich zur älteren Generation - vielleicht auch auf unsere Kinder oder Enkelkinder zugehen, ist doch immer Öfters ein Türöffner, dass wir sagen: Wir wollen doch gemeinsam, wie ich es schon gesagt habe, geben und nehmen. Ich sage einmal: Man muss immer auch wieder einmal auffrischen. Es liegt trotzdem an uns selbst. Man kann es nicht verordnen; das ist einfach so.

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Wir sind am Ende der Diskussion zum Thema „Wer länger denkt, bleibt lange jung!“ angelangt. Ich muss sagen, ich bin schon beeindruckt, was in den beiden Arbeitsgruppen so zustande gekommen ist. Ich habe es mir so gewünscht und es ist im Großen und Ganzen eingetreten, dass tatsächlich ein Dialog entsteht und nicht eine Konfrontation aufgebaut wird, dass die Schülerinnen und Schüler sagen: O Gott, die Älteren wollen es einfach nicht begreifen. Es ist einfach nicht so. Umgedreht ist es genauso. Seien wir doch ehrlich, manchmal denken wir: Mein Gott, diese jungen Mädels und Jungen, die denken, die können uns alles sagen. Dabei haben wir doch viel mehr Erfahrung. Auch das ist nicht eingetreten. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle, auch dafür, dass es tatsächlich doch noch ein gesundes Miteinander ist. Ich kann nur sagen: Danke, dass wir das heute überhaupt machen durften.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Wir haben die heutige Tagesordnung abgearbeitet. Ich hoffe, Sie haben wie ich einen interessanten Tag im Landtag verbracht. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie Ihre Ideen zu den jeweiligen Themen in die Diskussion haben einfließen lassen. Durch Ihr Engagement war es möglich, dieses Veranstaltungsformat hier im Landtag von Sachsen-Anhalt durchzuführen. Sie werden sicherlich auch einige neue Impulse und Anregungen für Ihre weitere Tätigkeit mitnehmen.

An dieser Stelle danke ich ebenso meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die sich heute wirklich viel Zeit genommen haben. Ich weiß, wie schwierig das manchmal ist. Ich weiß, wie viele Termine doch links und rechts daneben bestehen. Ich sage:

Danke, dass Sie hier waren und sich die Zeit genommen haben. Vielen Dank an alle Teilnehmer an diesem Forum der Generationen.

Vielen Dank gleichfalls an die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Frau Zander, an den Vorsitzenden des Landesschülerrates Herrn Benecke, an die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die diese Veranstaltung gut vorbereitet haben.

Besonders möchte ich an dieser Stelle den beiden Moderatoren Frau Frosch von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Herrn Knipperts von der Bertelsmann Stiftung für die Unterstützung bei der Vorbereitung und bei der Durchführung unseres Forums recht herzlich danken. Es ist ein ganz bedeutender Anteil Ihrerseits, dass diese Veranstaltung gelingen konnte.

Ich kann an dieser Stelle nur noch sagen: Es ist heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, der erste Schritt gewesen. Ich bin froh, dass wir das vom Seniorenforum aufgegriffen haben. Das war heute die erste Veranstaltung eines Generationenforums. Vielleicht - ich könnte es mir vorstellen, das für ein nächstes Zusammentreffen vorzusehen - kommen von Ihnen Themen, von denen Sie sagen, es brennt ihnen einfach unter den Nägeln, diese Dinge hier als Thema mit einfließen zu lassen.

Ich denke, von den Schülerinnen und Schülern wird sicherlich das eine oder andere Thema kommen. Sicherlich müssen Sie sich dann auch darüber abstimmen, welches Thema dann am wichtigsten ist; auch das ist Demokratie. Ganz genauso geht das bei den Seniorinnen und Senioren, dass sie sagen: Dieses und jenes Thema haben wir; wir einigen uns auf ein gemeinsames Thema; auch das ist Demokratie im weiteren Sinne. Deswegen kann ich Ihnen an dieser Stelle nur recht herzlich dafür danken, dass wir diesen ersten Schritt hier machen durften.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg! Wir sehen uns in diesem Jahr nicht mehr. Wir gehen langsam in die vorweihnachtliche Zeit hinein. Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes neues Jahr! - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich habe noch einen kleinen Hinweis für alle Schülerinnen und Schüler: Sie mögen bitte einen kleinen Moment im Plenarsaal verweilen. Der Vorsitzende des Landesschülerrates Herr Benecke hat gerade gesagt, man will noch ein Foto machen. Dafür bitte ich Sie, nach hier vorn zu kommen. - Vielen Dank.

Schluss: 15:37 Uhr.

Rückblick auf die Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“

Forum der Generationen im Landtag Sachsen-Anhalt, 20.11.2017

Text: Jan Knipperts, Bertelsmann Stiftung Gütersloh

Fotos: Landtag von Sachsen-Anhalt

In der Arbeitsgruppe „Mit einem Klick durchs Leben?“ entwickelte sich schnell eine fruchtbare Diskussion zum Thema Mobilität und Digitalisierung. Unterschiedliche Positionen wurden dabei nicht nur zwischen den beiden Generationen vertreten, auch zwischen den Teilnehmern einer Altersgruppe gab es durchaus sehr unterschiedliche Ansichten und Meinungen zum Thema.

Wie zu erwarten war, gingen insbesondere bei Teilnehmenden der älteren Arbeitsgruppe die Einstellungen, Meinungen und Ansichten zum Thema Digitalisierung weit auseinander und reichten von großer Offenheit und Affinität für das Thema bis hin zu deutlicher Verweigerung („Wir alten Menschen brauchen das nicht mehr!“). Der auffälligste, aber auch zu erwartende, Unterschied zwischen den beiden Generationen besteht im Denken in unterschiedlichen Zeithorizonten. Mehrere der Teilnehmenden aus der älteren Generation merkten an, dass es für sie nicht relevant sei, was in zwanzig Jahren technisch möglich sei. Es würden kurzfristige Lösungen benötigt.



Persönlich fand ich sehr auffällig, dass vielen der teilnehmenden Senioren die vielfältigen Möglichkeiten durchaus bewusst sind, wie sich ihr Alltag und ihre Mobilität digital unterstützen ließen. Aber diese Möglichkeiten werden häufig als „Zukunftsmusik“ und als nicht finanzierbar und nicht realisierbar abgetan. Von einigen Seniorinnen und Senioren wurde auch angemerkt, dass sie sich angesichts vieler englischer Begriffe und oft komplexer Bedienung von der digitalen Technik auch nicht angesprochen fühlen würden. Medien würden zudem häufiger die Risiken und weniger den Nutzen der Technik für ältere Menschen betonen und so zusätzliche Hürden aufbauen.

Bei den Vertretern der jüngeren Generation zeigte sich eine insgesamt deutlich größere Offenheit gegenüber digitalen Entwicklungen. Diese werden als klare Notwendigkeit gesehen. Aber auch innerhalb dieser Altersgruppe zeigten sich teilweise deutlich unterschiedliche Ansichten, vor allem bei den Aspekten Datenschutz und Sicherheit. Hier wurde mehrfach das Problem angemerkt, dass wer Angst um seine Daten hat, an neueren Entwicklungen schlichtweg nicht teilhaben kann. Bestimmte Apps und Dienste aus Sorge um die persönlichen Daten nicht zu nutzen, erscheint vielen in der jüngeren Altersgruppe oft als keine Option. Entsprechend wurde von diesen auch das Sammeln von Daten durch ein selbstfahrendes Auto recht unkritisch gesehen („Google weiß doch ohnehin schon, auf welchen Wegen ich regelmäßig unterwegs bin“). Daneben wurde aber auch die genau entgegengesetzte Meinung vertreten und viele der Jugendlichen betrachten das Thema auffallend differenziert und zeigten auch großes Verständnis für die von Vertretern der älteren Generation hier gezeigten Sorgen und Ängsten.



Ein Zentrales Thema der Arbeit in der Arbeitsgruppe bildete das gegenseitige voneinander Lernen zwischen Generationen. Von vielen älteren Diskussionsteilnehmern, wurde angemerkt, dass ein großes Problem darin liege, dass die eigenen Kinder weggezogen sind und niemand da sei, um den älteren den Umgang mit moderner Technik und die digitalen Möglichkeiten zu zeigen. Generell würden Ansprechpartner dafür fehlen (Eine ältere Dame forderte gar einen verpflichtenden Dienst für Jugendliche, um Senioren zu beraten und ihnen den Umgang mit Tablet und Smartphone beizubringen). Von den jüngeren wurde dementsgegen deutlich mehr Mut und Offenheit der Älteren beim Umgang mit digitaler Technik gefordert.

Große Einigkeit zwischen allen Altersgruppen bestand hinsichtlich der Notwendigkeit zur Schaffung der technischen Infrastruktur durch die Politik. Von Beiden Gruppen wurde dazu kritisch angemerkt, dass es beim Breitbandausbau und generell bei der digitalen Transformation um Geld und Gewinne gehe und nicht um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Immer wieder wurde angemerkt, von Teilnehmenden aus beiden Altersgruppen, dass es müßig sei darüber zu sprechen, wie Digitalisierung heute und in Zukunft die Mobilität

verändern und was dadurch ermöglicht werden wird, solange in weiten Teilen des Landes die dafür nötige technische Infrastruktur nicht vorhanden sei.

Fotoprotokoll der Arbeitsgruppe "Wer länger denkt, bleibt lange jung!"

Forum der Generationen im Landtag Sachsen-Anhalt, 20.11.2017

Protokoll: Ulrike Frosch M.A., Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Fotos: Landeschülerrat Sachsen-Anhalt; Ulrike Frosch



Nach einer kurzen Einführung in das Themengebiet Lebenslanges Lernen (LLL) wurden in Anlehnung an das Gruppenverfahren des World Cafés die einzelnen Thesen in Kleingruppen von 5-8 Personen in vier Runden von jeweils 15 Minuten Länge diskutiert (siehe Präsentation und Thesenpapier). Die Teilnehmer*innen wurden gebeten, die Thesen hinsichtlich der folgenden Punkte zu diskutieren:

Erfahrungen/ Standpunkte: Was fällt mir dazu ein? Welche Erfahrungen habe ich?

Ideen/ Visionen: Was ist mein Traum? Was wäre die ideale Situation?

Wünsche/ Forderungen: Wie kann das realisiert werden? Was wird benötigt?

Die wichtigsten Gesprächspunkte wurden auf Flipcharts visualisiert.

Im Anschluss an die Diskussionsrunden waren die Teilnehmer*innen aufgefordert, die wichtigsten Standpunkte/ Ideen/ Visionen (grüne Kärtchen) sowie Wünsche/ Forderungen (rote Kärtchen) aufzuschreiben und die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit der Arbeitsgruppe vorzustellen.



Quelle: Landeschülerrat Sachsen-Anhalt

1. LLL ist eine Haltung, nicht nur ein Prozess.



Standpunkte/ Erfahrungen

- in unterschiedl. Schulformen ^{oder unterschiedl. Volkshochsch.}
→ Haltung zum LLL wird am Gymnasium eher vermittelt
- aber Hauswirtschaft u.ä. eher an Sekundar-
schulen
- Praktisches Arbeiten steht im Hintergrund
- Schüler lernen für Noten, nicht für die Sache
- Blick auf Eliten gewichtet
- LLL ≠ formelles/institutionelles Lernen



Ziele/Visionen

- Schulfächer, wie Hauswirtschaft, Wirtschaft, Technik, ...
^(AWT)
an allen Schulformen wahlobligatorisch anbieten
- Schule mit Aufgaben ausstatten, die in Kooperation
mit Hochschulen, außerschul. Partnern gelöst werden
müssen
- NCs abschaffen + durch Einstellungskriterien ersetzen
- Lernhaltung von unten
- verpflichtende Schullaufbahnempfehlungen + Stärkung
von Schulbasisschulen
- Wandertage, Ausflüge, etc. fördern
- Praktika / Girls- + Boys-Day stärken
- Lebenspraktische Inhalte in Schule vermitteln



Wünsche/ Forderungen

- AWT-Fächer wahlobligatorisch anbieten
- Schullaufbahnempfehlungen
- Schulentwicklungen stärken
- Schulen + Lehrkräfte müssen mehr Kompetenzen geübt
werden
- Girls-Boys-Ferkauftag ^{als} verpflichtendes Angebot
- Schulzeit verlängern bzw. Inhalte verändern
- LLL nicht nur auf formelles Lernen beziehen

Insgesamt kamen die Diskutanten zu dem Ergebnis, dass Bildungsangebote eher auf den Prozess der Qualifizierung ausgerichtet sind und weniger auf das Herausbilden einer Haltung zum LLL. Diese sollte bereits stärker in der Schulzeit verankert werden, indem nicht nur formelle Lernangebote fokussiert werden, sondern auch solche, die Neugierde wecken.

1. LLL ist eine Haltung, nicht nur ein Prozess.

• LLL - Haltung bereits
in Schulzeit verankern
bzw. entwickeln <sup>z. B. Fächer
inkludieren</sup>

• LLL nicht nur auf
formelles Lernen
beziehen

• Neugierde in allen
Lebensphasen
fördern

2. Es braucht Gelegenheiten & Zugangsmöglichkeiten für LL.



Standpunkte/
Erfahrungen

- Frühkindliche B. Kita
- Politische B. Schule + Senioren
- Senioren B. TH Merseburg
- VHS - PC Kurse
- Social Media Kurse



Ideen/Visionen

- Anerkennung von Non-formaler ^{formale} / informelle ^{informelle} Bildung
- Generationsübergreifendes Lernen
- Generationen Gespräche
- Zeitzeugenberichte
- Bildungsinformation / Beratung
- EB-Förderung
- Europäische Projekte
- Angebote für ländliche Räume
- Zweckfreiheit für Bildung
- ÖPNV ausbauen und günstiger!



Wünsche/
Forderungen

- Kostenlose B.
- Sozialverträglich
- Barrierefrei
- Medienbildung (Livestream, Muck)
- Bildungsfreistellungs-gesetz (Nutzwert)
- Leichte Sprache
- Bildungsförderung → Einfache Antragsverf.

2. Es braucht Gelegenheiten & Zugangsmöglichkeiten für LL.

• Generationsübergreifendes Lernen
(Bsp. Gesamtschulen, AGs von Rentnern, Berufsorientierung durch X-Here)

• Verbesserung + Ausbau von ÖPNV

Im Fokus der Diskussion der 2. These stand das generationsübergreifende Lernen sowie der Wunsch nach der Verbesserung/ dem Ausbau des ÖPNV.

3. LLL ist mehr als eine individuelle Aufgabe, es ist ein gesellschaftlicher Auftrag.



Standpunkte/
Erfahrungen

- viel geschieht auf Landesebene
- gerade in gesundheit-/pflegerischen Berufen wenig Vorbereitung → Privatfinanziert
- Empathie als Voraussetzung für Pflegeberufe (kann nur bedingt erlernt / nicht durch Maschinen ersetzt werden)
- Einheitliche „Sprache“ Juni. u. Senioren
- fin. Voraussetzungen zur Teilnahme an Bildung oft schlecht
- Familien durch Wegzug kleiner (Pflege)



Ideen/
Visionen

- Arbeitszeiten anpassen/reduzieren, um LLL zu ermöglichen
- Finanzierung MGH, ASZ, OT ↓ zur Bildung nutzen für Junge u. Ältere
- ↓ Ausstattung, Bausubstanz der Bildungsstätten verbessern
- ÖPNV muss verbessert werden



Wünsche/
Forderungen

- bessere Vorbereitung auf die Berufspraxis
- Kita-Flexibilität
- Einheitliche Kriterien zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen
- Einheitliche Schulabschlüsse (1.-12.Kl) in den BL
- Bildung muss in die Hand d. Bundes
- Keine Nachhaltigkeit v. Projekten
- Haftungsrisiken

Im Kontext von These 3 wurde der Wunsch/ die Forderung nach mehr Verantwortungs- und Kostenübernahme in Sachen LLL durch den Bund laut.

3. LLL ist mehr als eine individuelle Aufgabe,
es ist ein gesellschaftlicher Auftrag.

Kostenfreie, zielgruppen-
orientierte Bildung

• ÖPNV

Bildung in
die Hand des
Bundes

4. Nicht das tatsächliche Alter, sondern das Altersbild dominiert die Teilnahme & Teilhabe an LL.



Standpunkt/
Erfahrungen

- individuelle Gestaltung
- LL durch Austausch der Generationen
- „Denglisch“ als Sprachbarriere
- gerade im ländlichen Raum fand Wissensaustausch früher viel mehr statt



Ideen/Visionen

- Anerkennung v. ehrenamtlichen Tätigkeiten (Credits, ^{Arbeits- /} ^{gesellschaftl.} Anerkennung)
- Gleichgewicht von Bildungsstand- und Interessen ^{Arbeits- /} ^{gesellschaftl.} ^{Anerkennung} herstellen
- Generationen bilden sich gegenseitig
- Bessere Koordination zwischen den Generationen (im ländlichen Raum); Strukturen zum Wissensaustausch durch eine Organisation / Einrichtung bündeln
- Bildung wird nicht weniger durchs teilen, sondern mehr → Apfelbaum-Metapher
- Positives Altersbild (nicht defizitär)



Wünsche/
Forderungen

Strukturalistischer
(in Schule)
ehrenamtlicher
Förderer

- Projekte "befruchten" sich gegenseitig
- Bildungsangebote für Mehrgenerationen-Projekte ^{Förderer + Förderte}
- Förderung der Sprache (Englisch)
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (zur Erschließung des ländlichen Raums)
- ehrenamtliche Angebote / Tätigkeiten mehr anerkennen, + Rahmenbedingungen verbessern

neuland

4. Nicht das tatsächliche Alter, sondern das vorherrschende Altersbild dominiert die Teilnahme & Teilhabe an LL.

• Generationen bilden sich gegenseitig

• niederschwellige Angebote (Bildung) → VHS

In These 4 wurde der Wunsch nach gegenseitigem Respekt und gegenseitigen Bildungsangeboten sowie die Forderung nach niedrigschwelligen Angeboten thematisiert.

5. Bildungsangebote müssen sich an den Lebensphase orientieren. LL muss für den Lernenden einen Sinn ergeben.



Standpunkte/ Erfahrungen

Erfolg d. Lernens hängt am €
↓
Bed.-Stand Eltern

- Sinn z.T. in Schule unklar

Schulung für Absoloten sind nicht ziel-Orientiert

- Jeder ist individuell verantwortlich für sein B.B.
→ aber das Wissen / Gelegenheit ist nicht immer da
- Erwachsenenbildung muss Sinn ergeben weil auf Freiwilligkeit basierend



Maße/ Visionen

- den Beruf attraktiver machen
- Weiterbildungsangebote besser kommunizieren

- differenziertere Angebote

- Bildung von Bildungsnetzwerke (regional)

- generationen übergreifende Ausbildung

- Volks- bis besser unterstützen

- Evaluationen

- Lotteraprogramm

- ein "Lebensjahr" i.d. Schule anbieten
Offenheit für Basics



Wünsche/ Förderungen

Berufsorientierung durch Rentner
Sinn des Lerninhalts
AGs klarer vermitteln
durch interessierte Rentner
Praxisbezug

persönliche Interessen einbez. (Partizipation)
Gesamtschulen mit Ganztagsbetreuung

neuland

Zu These 5 kam die Idee der regionalen (generationsübergreifenden) Bildungsnetzwerke und der damit verbundenen besseren Kommunikation von Weiterbildungsangeboten.

5. Bildungsangebote müssen sich an den Lebensphasen orientieren. LL muss für den Lernenden einen Sinn ergeben.

- Möglichkeiten von regional Bildungsnetzwerken ausloten
- Weiterbildungsangebote besser kommunizieren → Inkonsistenzen vermeiden
- Zielgruppenorientierte Weiterbildungsangebote von Absoloten
- mehr Praxisbezug
- Berufsorientierung & Weitergabe von Erfahrungen durch Rentner
- Differenzierung im Lernende und Lerninhalte vorantreiben und beibehalten